

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage: „Die Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6824.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Beitzelle oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Veranlagungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Breslau, Sonnabend, 5. März 1892.

3. Jahrgang.

Die Sozialdemokratie in Frankreich.

In der deutsch-freisinnigen und demokratischen Presse wird der bereits zum Dogma verkrustete Axiom, die deutsche Sozialdemokratie verdanke ihre Stärke lediglich dem Sozialistengesetz, bei jeder Gelegenheit aufgetischt und auch in den Parlamenten bringen die Abgeordneten dieser Couleur gern dieses Sprüchlein an. Es ist ja natürlich, daß Parteien, welche sich der Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie das notwendige, kulturgerechte Produkt der modernen materiellen Verhältnisse ist, hartnäckig verschließen, einen atypischen Umstand als Ursache der für ihr Parteibewußtsein so deprimierenden Erscheinung aufzufassen. Wären diese Politiker etwas mehr mit den Arbeiterverhältnissen anderer Länder vertraut, so müßten sie das Illusorische ihrer Auffassung einsehen; denn tatsächlich ist die sozialdemokratische Bewegung in sämtlichen Kulturländern in starkem Wachstum begriffen und wenn dies weniger als in Deutschland an die Oberfläche dringt, so hat das seine besonderen Ursachen, auf die wir ein andermal zurückkommen. Daß unsere Partei in Deutschland am stärksten entwickelt und auch die sozialistische Wissenschaft und Presse hier zu reifster Entfaltung gelangt ist, soll damit nicht in Abrede gestellt werden.

Wie sehr sich die demokratische Presse über die Stärke der Sozialdemokratie in England täuscht, hat erst kürzlich unser t-Korrespondent dem „Beobachter“ nachgewiesen. Ueber die Bewegung in Frankreich enthält der „Vorwärts“ eine interessante Zuschrift aus Calais, worin konstatiert wird, daß da, wo die Arbeiter am allerschlechtesten gestellt sind, und dies ist im Norden Frankreichs der Fall, die Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie rapid wächst.

Eine Volks-Versammlung von den Genossen Delcluze und Salembier einberufen, war von ca. 3000 Personen, darunter einige hundert Frauen, besucht. Als Redner waren die rühmlichst bekannten Genossen Paul Lafargue, der neugewählte Deputierte von Lille, und Jules Guesde, der Sekretär der Partei, erschienen.

Genosse Delory, Gemeinderat aus Lille, gab zunächst einen interessanten Ueberblick über die Entstehung und Organisation der Partei im Département du Nord, worauf Lafargue über „Trennung der Kirche vom Staat“ sprach, ein Thema, das schon seit 15 Jahren in der französischen Kammer von den Parteien hin und her gezerrt wird und gegenwärtig in der Gesetzgebung — die Kammern traten vor kurzem zusammen — von besonderer Aktualität ist, während in Deutschland diese Forderung, womit der gegenwärtig so viel Spektakel machende gordische Knoten der Schulgesetzgebung seine einfachste und beste Lösung finden würde, nur noch von der Sozialdemokratie vertreten wird.

Nach Lafargues Rede, welche säkularischen Beifall fand, überreichte ihm eine junge Arbeiterin eine rote Fahne im Namen eines Arbeiterinnenvereins mit entsprechender Widmung.

Nun meldete sich Charles Simon, der Sohn des bekannten Senators Jules Simon, der Kämpfer der dortigen Bourgeoisie, als Gegenredner, ohne eben mehr als einige Phrasen von einer Verschönerung des Arbeiters mit der besitzenden Klasse — also die bekannte Harmoniebuschlei — vorzubringen. Im Eingang seiner Rede drückte er seine Zustimmung zu Lafargues Ausführungen aus — wir kennen diese Methode, welche geistliche Opponenten in unsern Ver-

sammlungen gern anwenden — um schließlich in „Nichts dahinzusinken“, wie der Korrespondent sich ausdrückt. Er wurde glänzend von Jules Guesde abgefertigt, der mit der Entwicklung der allgemeinen Theorien des Sozialismus antwortete.

Guesde wies unter Anderem nach, wie irrig heutzutage die Behauptung sei, daß das individuelle Besitztum von ehemals noch existire, das sich auf den Rechtstitel des Verfertigers auf sein Arbeitsprodukt gründet. Durch den Kapitalismus hat sich in der Industrie ein neues Besitztum gebildet, begründet auf die Nichtarbeit der Eigentümer. Der Arbeiter wurde vom Produktionsmittel getrennt, wie es am Anfang des neuen Programms heißt, und damit entgeht ihm auch sein rechtmäßiges Eigentum, sein Arbeitsprodukt. Dieses wird vom Kapitalisten angeeignet, der dem Arbeiter nur einen kleinen Teil davon in der Form des Lohnes überläßt, das Existenzminimum. Wir, die Sozialisten, wollen den Arbeitern — und in der sozialistischen Gesellschaft wird Jedermann Arbeiter sein, ob mit der Hand oder mit dem Kopf — die Werkzeuge geben, die Produktionsmittel, die Fabriken, die Eisenbahnen, die Minen. Nur dann werden die Arbeiter frei sein und nicht mehr Sklaven. „Sie sind Republikaner, Charles Simon, und eifriger Republikaner, ich weiß das. Aber wie kommt es, daß Sie nicht begreifen, daß wir noch größere Republikaner sind? Wir sind, wenn ich mich so ausdrücken darf, Republikaner der zweiten Potenz.“

Wenn diese Worte besonders an die Adresse unserer Demokraten und Pseud-freiheitsapostel gerichtet werden könnten, so dürfen sich die folgenden unsere sämtlichen Gegner gelagt sein lassen: „Sie haben, sagen Sie, den Sozialismus studirt. Aber wenn Sie den Sozialismus gründlich kennen lernen wollen, so müssen Sie ihn nicht bei falschen Sozialisten suchen, nicht bei Feinden des

Die Sängerin.

Erzählung von Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung)

X.

„Werde nicht manfiken!“ rief ihm der Kommerzienrat Volnau mit jammervollen Mienen nach. „Der hat Verdacht!“ sprach er zu sich, „der weiß etwas von dem Wort der Sängerin. Zwar soll sie wieder hergestellt sein; aber kann nicht der Verdacht im Herzen dieses Polizisten um sich freisen? Kann er mich nicht aus Argwohn beobachten lassen? Die geheime Polizei wird mich verfolgen; auf allen meinen Schritten und Tritten sehe ich schlaue, fremde Gesichter. Ich darf nichts mehr reden, so wird es rapportirt, gedeutet: ich werde, o Gott im Himmel, ich werde ein unruhiger Kopf, ein gefährliches Individuum; und doch lebe ich still und harmlos wie Wilhelm Tell im vierten Akt!“

So sprach der unglückliche Volnau bei sich; seine Angst vermehrte sich, als er über die verhängliche Frage wegen der nächsten Redoute nachdachte. „Er meint gewiß, ich werde mich nicht in die Nähe der Sängerin wagen, aus bösem Gewissen; aber ich muß hin, ich muß ihm diesen Verdacht benehmen! Und doch — wird mich nicht in ihrer Nähe ein Zittern und Beben überfallen, gerade weil er glauben kann, ich werde aus Gewissensbissen und Angst zittern?“ Er quälte sich ab

mit diesen Vorstellungen, sie beschäftigten ihn Tage lang, erinnerte sich, daß ein berühmter Schriftsteller in einer Schrift bewiesen habe, daß man Angst vor der Angst haben könne, und dies schien ihm ganz sein Fall zu sein. Aber er fühlte, daß er sich ein Herz fassen und der Gefahr entgegen gehen müsse. Er ließ sich vom Maskenverleiher den prachtvollen Anzug des Pascha von Janina holen; er zog ihn alle Tage an und übte sich vor einem großen Spiegel, recht unbefangen aus seiner Maske hervorzuschauen. Er machte sich aus seinem Schlafrocke eine Puppe und setzte sie auf einen Seffel; sie stellte die Sängerin Bianetti vor. Er ging als Pascha um sie her, näherte sich ihr und sprach: „Es freuet mich unendlich, Sie in so erwünschtem Wohlfinden zu sehen.“ Am dritten Tage konnte er seine Aktion schon ganz ohne Zittern sagen, daher legte er sich noch Schwereres auf. Er wollte recht artig und unbefangen sein und ihr einen Teller mit Bonbons und Punsch offeriren. Er übte sich mit einem Glas Wasser, das er auf einen Teller setzte. Von Anfang kirrte es schrecklich in seiner zitternden Hand; aber auch diese Schwachheit überwand er, ja er konnte ganz lustig dazu sagen: „Berehrte, beliebt Ihnen nicht etwas Punsch und essliche Bonbons?“ Es ging trefflich; kein Sterblicher sollte ihn beben sehen. Mit Pascha von Janina fühlte Mut in sich, trotz seiner Angst auf die Redoute zu gehen.

Der Medizinalrat Lange hatte es sich nicht nehmen lassen, die Genesene zum erstenmal wieder unter die Leute zu führen. Sie hatte es ihm gerne zugesagt;

hatte er doch durch seine treue Pflege, durch die väterliche Sorgfalt, womit er sich ihrer angenommen, ein Recht auf ihre wärmste Dankbarkeit gewonnen. So kam er mit ihr auf die Redoute, und er schien sich nicht wenig auf den Platz an der Seite des schönen, interessanter Mädchens zu gut zu tun. Die Leute in B. sind ein sonderbares Volk. In den ersten Tagen hatte man von den nobelsten Salons bis hinab in die Bierstüben von der Sängerin Uebles gesprochen; als aber Männer von Gewicht sich ihrer annahmen, als angesehenen Damen sich öffentlich für sie erklärten, drehte sich die Fahne nach dem Wind, und die B...er liefen, gerührt über das Schicksal des armen Kindes, in den Straßen umher und starben bald vor Entzücken, daß sie genesen. Als sie in den Saal der Redoute trat, schien alles nur auf sie, als die Königin des Festes, gewartet zu haben; man jubelte und jauchzte, man klatschte in die Hände und rief Bravo! als hätte sie eben die schwersten Mouladen zu stande gebracht. Auch dem Medizinalrat fiel sein Anteil am Beifall zu: „Sehet, der ist's“, riefen sie, „das ist ein geschickter Mann, der hat sie gerettet.“

Die Sängerin fühlte sich freudig bewegt von diesem Beifall der Menge; ja sie hätte, berauscht von dem Gemurmel der Glückwünschenden, beinahe vergessen, daß sie noch ein ernsterer Zweck in diesen Saal geführt habe; aber die vier handfesten Dominos, die ihren Schritten folgten, die Fragen des Doktors, ob sie bei grauen Augen des Chevaliers noch nicht ansichtig geworden, erinnerten sie immer wieder an ihr Vorhaben.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialismus, wie es der frühere österreichische Minister Schäffle ist, den Sie soeben zitierten.

Der dritte Einwurf, den Sie gemacht haben, ist eigentlich nur eine Phrase. Ihr habt kein Unterland, sagt man, ihr führt den Zusammenbruch Frankreichs herbei. Zwingen Sie uns nicht, ein Auge auf die Handlungen Ihrer Klasse zu werfen, gelegentlich der traurigen Zeit unserer Geschichte. Wir würden sehen, wie Männer der kapitalistischen Klasse unseren Truppen fehlerhafte Gewehre lieferten, wie sie Schuhe aus Pappe für unsere Soldaten fabrizierten, wie sie die Anleihe Morgan zum Preise des Blutes der französischen Armee verhandelt und zusammen mit den Rothschild's wie wilde Tiere hereinbrachten, um auf die Haasse und Daisse unserer Niederlagen zu spekulieren. Ich höre im Geiste den Bankier Bleichröder zu Bismarck sagen: „Man muß Frankreich 12 Milliarden Kriegsschuldigung auferlegen, um es zu erdrücken“, und ich sehe gleichzeitig vier Jahre später den Orden der Ehrenlegion auf der Brust dieses „Franzosenfreundes“ prangen. Die Sozialisten dagegen, wie Siehnecht und Bebel, haben mit Entrüstung gegen die Gedrückung Frankreichs protestiert, und als man vor drei Jahren neue Hilfsmittel für deutsche Truppen im Falle eines Krieges gegen uns verlangte, hat sich Bebel erhoben und gesagt: „Um gegen Frankreich zu kämpfen, bewilligen wir nicht einen Mann, keinen Pfennig“, — und während dieser Zeit ging die französische Bourgeoisie der deutschen Monarchie entgegen. Ich habe gesehen, wie Herr Courcelles, unser Berliner Gesandter, in seinen Händen ein Geschenk von 75 000 Francs hielt. Dieses Geschenk war mit unserem Gelde gekauft und für den Fürsten Bismarck bestimmt.“

Der endlose Weisfall der Zuhörer bewies zur Genüge, daß unter sozialistischen Franzosen der erdichtete Chauvinismus nicht existiert, und wir können hoffen, daß in absehbarer Zeit der größere Teil der Bevölkerung im echten Sinne des Wortes „Sozialdemokraten“ werden. Mit dem Rufe „Vive Lafargue“, „Vive Guesde“, „Vive le Parti Ouvrier“ (Voch Lafargue! Hoch Guesde! Hoch die Arbeiterpartei!) schloß die imposante Versammlung.

Sozialpolitische Rundschau. Deutschland.

Auch eine Verächtung. In der Sonnabend-Festung des Reichstags hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Metzger an den Staatssekretär Hollmann die Anfrage gestellt, ob ihm bekannt sei, daß im letzten Sommer u. a. für die Firma Janzen in Kiel Marine-Soldaten zum Kohlenladen kommandirt worden seien. Die Firma erklärt nun eine Erklärung, in welcher sie die Tatsache offen zugiebt. Es heißt darin:

In den mit den kaiserlichen Marinebehörden laufenden Kontrakten ist stipulirt, daß die Abladung der Kohlen, resp. das Hineinschaffen in die betreffenden Aullerräume, Sache der Marineteile ist, und daß, wenn diese keine Mannschaften dazu stellen können, sich der Preis um den Arbeitslohn für das Abladen u. erhöht. Hieraus ist zur Evidenz ersicht-

lich, daß das Abladen durch eigene Mannschaften im fiskalischen Interesse liegt und daß meiner Firma durch die Bestellung von Marinemannschaften keinerlei Vorteile erwachsen.“

Feststeht also, daß die Soldaten zu Zwecken verwendet wurden, die mit der Wehrpflicht aber auch gar nichts zu tun haben und den Augen der dreijährigen Dienstzeit im hellen Lichte zeigen. Die steuerzahlenden Arbeiter, welche das Heerwesen mit ihrem Gelde bezahlen, werden durch Soldaten außer Brot geworfen, und die Soldaten werden zu Berrichtungen verwendet, die mit der Erziehung zur Wehrfähigkeit nicht im mindesten zusammenhängen. —

Der Austritt des Kaisers. Der „Reichs-Anzeiger“ bringt folgende Notiz:

„Seiner Majestät dem Kaiser und Könige sind aus Anlaß der in den letzten Tagen hier stattgehabten Ansammlungen von angeblich „Arbeitslosen“ mehrfache Rundgebungen aus Arbeiterkreisen zugegangen, in welchen dem Bedauern über die Vorkommnisse, sowie der treuesten Anhänglichkeit und dem unerschütterlichen Vertrauen zu der Allerhöchsten Person Ausdruck gegeben wird. Namentlich hat der Austritt des Kaisers am 26. a. M. inmitten einer wildbewegten Menschenmenge, welcher einen tiefen Eindruck auf dieselbe gemacht hat, Eingaben veranlaßt, in denen jene Gefühle charakteristischen Ausdruck finden.“

Dieser Organe der bürgerlichen Presse, welche die Helben der Straßentravalle mit der Sozialdemokratie zusammenkloppeln möchten, wird diese Mitteilung des amtlichen Blattes hoffentlich über den Sachverhalt aufklären, den wir ihnen klar zu machen uns vergeblich bemüht haben. Was man dem Gegner nicht glauben will, muß die logale Gefinnung vom „Reichs-Anzeiger“ widerspruchlos hinnehmen. Als am 26. Februar jener Austritt vor sich ging, waren zahlreiche Tumultuanten und viele Gaffer, sicer aber keine Sozialdemokraten zugegen. Denn selbst unsere grimmigsten Feinde werden nicht annehmen, daß die Tatsache des kaiserlichen Spaziertritts auf die Sozialdemokratie den „tiefen Eindruck“ gemacht hätte, welcher auf die anwesende Menge, wie wir dem „Reichs-Anzeiger“ gerne glauben wollen, hervorgerufen worden ist. —

Aus Veranlassung der jüngsten Berliner Straßentravalle waren bei dem Magistrat 43 Anmeldungen wegen Schadenersatz eingegangen, darunter in je einem Falle für entwendete Zigaretten 700—800 Mark und für zertrümmerte Schauenscherben ebenfalls 700 bis 800 Mark; ferner zwei entwendete Pakete an der Ecke der Friedrichstraße und der Straße Unter den Linden. In sehr vielen Fällen ist keine Wertangabe gemacht, vielmehr nur der beschädigte Gegenstand angegeben.

Berlin. Die jüngsten Straßentumulte gaben einer von über 2000 Personen besuchten, unter Leitung des Stadtverordneten Jubel im Konzerthause Sanssouci tagenden Versammlung der sozialdemokratischen Parteigenossen des vierten Berliner Reichstagswahlkreises Veranlassung zu lebhaften Erörterungen und einer entsprechenden Rundgebung. Nach einem Vortrage über die Handelsverträge nahm Reichstags-Ab-

geordneter Singer Gelegenheit, nachdem die Angelegenheit der Straßentumulte zur Sprache gebracht worden war, auf die ernste Bedeutung dieser für die Sozialdemokratie hinzuweisen. Er brachte dieselben in Verbindung mit der bekannten Rede des Abgeordneten von Stumm im Reichstage, aus welcher so deutlich der Wunsch nach einer neuen Auflage des Sozialistengesetzes herausklang und begegnete der Meinung, daß die Sozialdemokratie durch Polizeimaßregeln zu unterdrücken sei. Die Verantwortung für die jüngsten Vorgänge treffe nicht die sozialdemokratische Partei. Diese Partei habe mit den gedachten Vorgängen nicht das Mindeste zu schaffen, — seien doch auch die Geschäfte dreier Parteigenossen geplündert worden — die Staudalereien seien von dem Janhagel ausgeführt, wie er in Großstädten immer anzutreffen sei. Wenn die Arbeitslosen die Absicht gehabt und zur Ausführung gebracht hätten, durch einen Zug durch die Straßen und vor das Rathaus und das Schloß die öffentliche Aufmerksamkeit auf ihr Elend hinzuwenden, so hätten sie damit noch nichts Schlimmes vollbracht. Die Ausjagungen seien erst später erfolgt und ständen in keinem urfächlichen Zusammenhang mit der etwaigen Demonstration. Hierzu gäben sich organisierte, aufgeklärte Arbeiter nicht her. Dennoch nahm Abg. Singer Veranlassung, auch seinerseits eindringlich vor jeder Teilnahme an derartigen Tumulten und Ausjagungen zu warnen. Die Sozialdemokratie bedürfe solcher Mittel nicht zur Erreichung ihrer Ziele. In diesem Sinne äußerten sich auch andere Redner. Die Versammlung beschloß mit allen gegen zwei Stimmen folgende Resolution: „In Anbetracht der Tatsache, daß ein Teil der hiesigen, vorzugsweise der sogenannten liberalen Presse die Versammlung der Arbeitslosen vom 25. Februar und die Sozialdemokratie für die in den letzten Tagen stattgehabten Straßentravalle verantwortlich zu machen versucht, erklärt die heute, am 29. Februar, im Konzerthause Sanssouci tagende öffentliche sozialdemokratische Versammlung dieses Bestreben als eine gewissenlose Denunziation. — Ferner erklärt die Versammlung, daß die Berliner Arbeiter nicht so wahnstinnig sind, sich als Versuchssubjekte für das feinkalibrige Gewehr herzugeben. Sie macht es vielmehr jedem zielbewußten Arbeiter zur Pflicht, etwaige standalsüchtige Elemente ganz energigisch zur Ruhe zu verweisen, da für die Sozialdemokratie derartige nur den Gegnern dienende Tumulte von unberechenbaren Folgen sein können.“ Zur Vorbereitung der Maßfaiert wählte die Versammlung eine Kommission von sieben Mitgliedern.

Die zwangsweise Beteiligung der Dissidentenkinder am Religionsunterricht ist in der Volksschulgesetzkommission abgelehnt worden. Bekanntlich wollte der Schulgesetzentwurf den Regierungspräsidenten Vollmacht geben, Kinder, welche nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, zu zwingen, an dem Religionsunterrichte der Schule Teil zu nehmen, sofern nicht der Nachweis erbracht wird, daß den Kindern in der ihrem Bekenntnisstande entsprechenden Form und durch einen nach der Lehre ihres Bekenntnisses vorgebildeten, auch im übrigen befähigten Lehrer Religionsunterricht erteilt wird.

entfernen, das eine lebendige Mahnung für das französische Volk war, sich den Allianzbestrebungen der französischen Bourgeoisie und des Zaren zu widersetzen, und welches eine rege Tätigkeit entwickelte, den Lügen, die die russische Polizei durch die in ihrem Dienste stehende französische Presse über die Zustände in Rußland verbreitete, entgegen zu wirken. Ueber das Privatleben Selverstoff's waren, nebenbei bemerkt, allerlei Einzelheiten bekannt, die ihn als einen Wüstling und Liebhaber unerwachsener Mädchen erscheinen ließen.

Diese Tatsachen waren in der russisch-polnischen, revolutionären Emigration in Paris allgemein bekannt, und Stanislaus Padlewsky, ein junger Pole, beschloß, den Spitzelgeneral für sein Treiben zu züchtigen und die zahlreichen Opfer dieses Menschen zu rächen. Padlewsky hatte Stellung als Ausläufer in einem russisch-französischen Klub, der von einem gewissen Bernoff gegründet war. Hier versammelte sich das zarenfreundliche Ruffentum der französischen Hauptstadt und suchte Verbindungen mit einflussreichen Franzosen anzuknüpfen, um sie in den Dienst der russischen Interessen zu ziehen. Natürlich herrschte hier eine sehr feindliche Stimmung gegen die revolutionäre russische Pariser Kolonie, und Bernoff versuchte seinem Klub dadurch Bedeutung zu verschaffen, daß er das offizielle Ruffentum, die bekannten Vertreter der zaristischen Polizei u. in Paris, zum Verkehr in demselben zu veranlassen suchte.

(Fortsetzung folgt.)

Stanislaus Padlewsky.

Ueber die Einzelheiten des Attentats, die Flucht und den Selbstmord Padlewsky's, bringt die „New-Yorker Volkszeitung“ folgenden interessanten Bericht:

Am 18. November 1890 brachte in Paris ein Schuß, dessen Wirkung die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zog, und der eine außerordentliche politische Bedeutung hatte. Ein russischer General, Selverstoff, ein früherer Chef der russischen Gendarmerie und Haupt der politischen Polizei des Zarenreichs, wurde durch diesen Schuß getödet, und als der Attentäter wurde seit jener Zeit ein junger Pole, Namens Stanislaus Padlewsky, von der Polizei in allen Weltteilen gesucht.

Wir sind heute in der Lage, nach Schilderungen, die Padlewsky selbst gegeben, über jenes Vorkommnis zu berichten.

Selverstoff, der am Vormittag des genannten Tages im Hotel de Bade am Boulevard des Italiens mit einer Kugel im Schädel bewußtlos aufgehoben wurde und bald darauf starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, war eine in Paris nicht unbekannt Persönlichkeit. Er nahm in dieser Stadt häufig Aufenhalt, um die Interessen des russischen Zaren beständig zu wahren und Verbindungen anzuknüpfen, die ihm besonders

zur Ueberwachung der russischen Emigration in Frankreich nötig schienen. Er hatte früher in der berühmten „dritten Abteilung“ (Politisches Polizei) in Petersburg eine hervorragende Rolle gespielt, und war der Nachfolger des durch die Revolutionäre 1879 hingerichteten Reizoff, als welcher er Tausende von politischen Verbrechern in Elend und Tod getrieben hatte. Mit verschiedenen französischen Journalen, die dem russischen Kaiser die östlichen Hände entgegenstreckten, hatte Selverstoff Verbindungen, und er veranlaßte noch kurz vor seinem Tode die Veröffentlichung von Artikeln, in denen er die russischen Revolutionäre auf das Gemeinste beschimpfte und den russischen Despotismus verteidigte.

Zu Anfang des Jahres 1890 „entdeckte“ man in Paris ein Dynamit-Komplot, demzufolge man daselbst Bomben fabrizieren, dieselben mit Sprengstoff laden und trotz der Gefahren der Handhabung nach Rußland hinein transportieren wollte. Zahlreiche Verhaftungen von russischen Emigranten fanden statt, und einige derselben wurden zu jahrelangen Gefängnisstrafen verurteilt. Bei den Verhandlungen wurde der russische Polizeispitzel, ein gewisser Landeisen, entlarvt, der bei diesem „Komplot“ die Hände im Spiel gehabt hatte, und derselbe sah sich veranlaßt, aus Frankreich zu fliehen. In den Kreisen der Emigranten führte man mit Recht die ganze Bomben-Affaire auf Selverstoff zurück, der durch dieselbe die französische Regierung zur Ausweisung der russischen und polnischen Emigranten aus Frankreich zwingen wollte, um ein Element aus der Republik zu

Für diesen Antrag warfen sich die Konservativen in der Diskussion, welche sich durch die beiden Sitzungen am Dienstag und Mittwoch hinzog, gewaltig ins Zeug. Hög. Kropatschek meinte, gegenüber Bekenntnislosen könne von einem Gewissenszwange überhaupt nicht die Rede sein. Ebenso meinte Abg. v. Roseritz, der Staat würde selbstmörderisch handeln, wenn er den religionslosen Kindern den Religionsunterricht vorenthielte. In dasselbe Horn blies der Pole v. Jazdzewski. Unter dem Deckmantel, daß der Staat die Schwachen schützen müsse, selbst gegen die Eltern, wenn diese religionslos sind, erklärte sich Herr v. Jazdzewski für die Religionsvorlage. Auch der Kultusminister trat wiederum für den Gewissenszwang ein. Man müsse die „elenden Kinder“ religionsloser Eltern davor bewahren, „ganz zu verkommen“ und ihnen wenigstens religiöse Kenntnisse beibringen.

Alle diese schönen Wendungen, um den Gewissenszwang zu bemänteln, versingen aber nichts, da die Zentrumspartei klug genug war, zu erkennen, daß sich eine Intoleranz auf diesem Gebiete doch einmal schwer rächen kann an anderen Konfessionen, welche sich in der Minderheit befinden. So wurde denn ein Antrag Brüel angenommen in folgender Fassung:

„Kinder, welche nicht einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft angehören, nehmen an dem Religionsunterrichte der Schule teil, so lange nicht die Eltern oder deren Stellvertreter das Gegenteil verlangen.“

In dieser Beschränkung stimmten außer der Zentrumspartei die Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen für den Antrag. Der weitere Antrag des Abg. Brüel, daß die Willenserklärung der Eltern vor dem Richter bescheinigt werden müsse, wurde abgelehnt.

Durch die Annahme des Antrages Brüel war ein schwächerer konservativer Antrag erledigt, welcher die Befreiung von dem Religionsunterrichte der Schule abhängig machen wollte von einer Bescheinigung der zuständigen Organe der betreffenden Religionsgesellschaft, daß den Kindern nach der Lehre ihres Bekenntnisses Religionsunterricht erteilt werde. Ein Antrag Richter hatte einfach verlangt, daß auch ohne besondere Willenserklärung der Eltern die Kinder der Dissidenten von dem Religionsunterrichte zu befreien sind.

Da der Kultusminister wiederholt erklärte, daß er gegen den Antrag Brüel große Bedenken habe und den Gewissenszwang sogar mit der Berechtigung des Impfwanges in eine Reihe stellte, so muß man erwarten, daß die Versuche, einen Gewissenszwang gegen Dissidenten zu üben, in den weiteren Stadien der Beratung sich noch wiederholen werden. Mit Recht hob der nationalliberale Abg. Dr. Friedberg hervor, wenn man nicht auch den Religionslosen ihren Willen lasse, so komme man in letzter Konsequenz zum Scheiterhaufen.

Bohum überall. Wie man aus Hamburg schreibt, stellte sich der Ertrag der Einkommensteuer im Jahre 1890 bei 154 000 Steuerzahlern auf 11 100 000 Mark, während im Etat nur 10 Millionen Mark veranschlagt waren; im Jahre 1889 erreichte diese Steuer 9 429 000 Mark und 1888 8 219 000 Mark. Der Bericht der Steuerdeputation bemerkt, daß noch in keinem Jahre die Steuereinzahlungen eine solche Höhe annahmen, wie im Vorjahre. Es wurden nämlich 606 Steuerpflichtige und 38 Erben mit 734 538 Mk. zur Steuerzahlung veranlaßt; dieselben mußten eine Strafe von 410 906 Mark zahlen, also nahezu 1 200 000 Mk. Im Jahre 1889 waren es 302 000 Mark.

Altenburg. Bei der Landtagswahl liegt Genosse Buchwald mit 793 Stimmen über den Kartellkandidaten Hegrich, welcher 439 Stimmen erhielt. Bei der letzten Wahl (1889) wurden 367 sozialistische und 173 kartellistische Stimmen abgegeben. Früher fand die Wahl an zwei Tagen statt, diesmal an einem Tage und hatten die Gegner aus diesem Grunde gehofft, bei Anstrengung aller Kräfte den Sieg zu erringen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Wien. Bei der neulichen Verteilung von Brot an bedürftige Arbeitslose erschienen nahezu 6000 Männer, in einem anderen Stadtteile gegen 6000 Weiber. Je 4000 erhielten Brot. Es kam hierbei zu geringen Ausschreitungen, wobei zwei Verhaftungen vorgenommen wurden. — Von den für die bedürftigen Arbeitslosen eingeleiteten Geldsammlungen verzeichnet man sich ein bedeutendes Ergebnis.

Ein schlimmer Missetand ist auch unter den Slowaken Nordwest-Ungarns ausgebrochen. In einigen Ortschaften des Turócger und Arcoar Komitats ist bereits ein empfindlicher Mangel an Lebensmitteln eingetreten, in den Komitaten Szepes, Zips und Sáros befürchtet man ihn

für die nächsten Tage. Ursache davon ist die Missernte in Kartoffeln.

Budapest. In achtzehn Ortschaften der oberungarischen Komitate ist der Hungerstich ausgebrochen. Zahllose Familien wandern aus.

Der ehemalige Sklave, schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, von dem Aristoteles, der griechische Hellscher, einst geträumt, wird immer mehr und mehr greifbare Wirklichkeit. Ein Kartoffel-Pflanzer wird jetzt bei der landwirtschaftlichen Großproduktion angewendet, der folgende Kunststücke selbsttätig und zugleich besorgt: 1. Furche ziehen, 2. Kartoffeln in die Furche legen, 3. Zuströmen der Furche, 4. Markieren der nächsten Furche. Die Saatkartoffel kann hierbei ganz oder geschont ausgelegt werden. Die Maschine wird von einem Menschen bedient und von ein Paar Tieren gezogen. Was ist heute die Folge dieser wolkigen und arbeitssparenden Vorrichtung? Die Vergrößerung des Heeres der Arbeitslosen, die erhöhte Bedeutung der industriellen Reserve-Armer, das Zufließen der landwirtschaftlichen Arbeiter nach den industriellen Hauptorten, die Erschütterung des Felsens der Reaktion — des Bauernstandes. So wird allmählich die Zeit heranrücken, in der der berühmte steinharte „Bauernschädel“ seinen Dienst für uns und gegen seine bisherigen guten Freunde leisten wird. Nur vorwärts!

Schweiz.

In dem von der Presse bereits angekündigten Buche mit den Welfensfonds-Quittungen, das demnächst im Verlage von Casar Schmidt-Zürich unter dem Titel „Hundert unverbrannte Quittungen zum Welfensfonds“ erscheinen wird, hat ein Staatsmann einen Kommentar als historisch-kritische Beleuchtung unter dem Titel: „Die Koulissen des Welfensfonds“ geschrieben. Die Verlagsanstalt zeigt dies an und fügt hinzu:

„Diese Veröffentlichung wird die Geschichtsschreiber des neuen deutschen Reiches zu einer gründlichen Umarbeitung ihrer Werke veranlassen müssen. Neben den Zwecken, zu denen das Privatvermögen des Königs von Hannover verwendet worden ist, wird auch d. Smblick in den Handel, der von hohen Stellen mit den Quittungen selbst getrieben worden ist, von vernichtender Wirkung sein. Zuschriften an den Redakteur unter der Adresse: Baron K. von Armin, befördert die Verlags-handlung.“

Der „Vorwärts“ sagt zu dieser Sache: Schon vor Jahresfrist hat der „Vorwärts“ in einem Artikel die Tatsache festgestellt, daß keineswegs alle Belege zum Welfensfonds verbrannt, sondern eine große Anzahl von Quittungen vom Feuertode gerettet worden sind. Die von Zürich aus signalisierte Veröffentlichung der Faksimiles von bettel-patriotischen Quittungen bekräftigt die Wichtigkeit unserer damaligen Mitteilung. Wenn nur nicht Herr Casar Schmidt, der Ehrenmann unter den Verlegern, die Publikation in dem Augenblick zurückzieht, in welchem ihm die Interessenten das nötige Schweigegehd auf den Tisch zählten. Casar sah, nahm und schwieg.

Italien.

Je weiter der sogenannte Anarchisten-Prozess in Rom fortschreitet, je mehr häuft sich das Material gegen die Polizei und gegen die frivole Art, wie dieser Prozess inszeniert worden ist. Dieser Tage wurde der Polizeijagent Trianni vernommen, wobei er sich jedoch mit früheren Aussagen so sehr in Widerspruch setzte, daß einer der Verteidiger seine sofortige Verhaftung zu beantragen drohte. Trianni hatte vor dem Untersuchungsrichter u. a. ausgesagt, daß der Angeklagte Proietti auf die Soldaten und Polizisten mit großen Steinen geworfen habe, später wußte er aber von dieser Aussage nichts mehr und behauptete, der in Rede stehende Angeklagte habe aufrührerische Rufe ausgehoben und sei deshalb verhaftet worden. Auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht, behauptete Trianni, der Untersuchungsrichter müsse falsch protokolliert haben, was mit allseitigen Rufen der Entrüstung beantwortet wurde. Auch der Präsident überhäufte den Mann mit Vorwürfen und die Verteidiger stellten nun den formellen Antrag, gegen den Zeugen wegen falscher Aussage vorzugehen. Darauf äußerte sich dieser dann veranlaßt, seine Aussage zu modifizieren, so daß der Gerichtshof dem Antrag der Verteidigung nicht stattgeben konnte, aber nicht unterließ, den Leichtsinns des Zeugen gehührend zu brandmarken. Ein Teil der Angeklagten forderte darauf, nicht länger der Verhandlung beiwohnen zu müssen, und unter großer Erregung mußte der Präsident vorzeitig die Verhandlung abbrechen. In der Sitzung darauf ist derselbe Zeuge sogar von einem Kameraden der Unwahrhaftigkeit überführt worden. „Es ist“, schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ aus

Rom, „selbstverständlich, daß ein auf solcher Basis geführter Prozess nicht den Ausgang haben kann, auf den man in offiziellen Kreisen bei seiner Einleitung hoffte; eine Freisprechung der Angeklagten kann allerdings nicht erfolgen, nachdem das oberste Gericht die Mitgliedschaft zu einem anarchischen Verein mit der Zugehörigkeit zu einer Verbrecherbande identifiziert hat, aber strafmildernd müssen alle diese Enttäuschungen zweifellos wirken.“

Arbeiterbewegung.

In Bergstadt ist der Streik der Seidenweber beendet.

In Teplitz streiken die Maler der Firma Scheuer und Pic. Anfragen sind an W. Hoffmann in Teplitz, Grüneringstraße 7, Unterstütkungen an Gastwirt G. Baier in Turn bei Teplitz, Belgischer Hof, zu richten.

Aus der Pjalz. Das St. Ingberter Eisenwerk hat wegen Beschränkung resp. zeitweiser Einstellung des Betriebes 120 Arbeitern gekündigt. Das Gleiche ist schon auf anderen industriellen Establishments des Saar- und Moselgebietes eingetreten oder es wird nach Aussage der Fabrikanten in den nächsten Wochen noch nötig werden.

Die Mainzer Bäckermeister haben beschlossen, vom 1. April ab ihre Gehilfen Sonntags nicht länger als bis 9 Uhr Vormittags zu beschäftigen und um 3 Uhr Nachmittags die Läden zu schließen.

Palliative. Auf Anordnung des bayerischen Finanzministers wird an ärmere Leute das Holz aus den Staatswäldungen mit einer Preisermäßigung von 25 pCt. verkauft.

In Wien erscheint seit dem 4. März eine neue Fachzeitung, die „Einigkeit“, Organ für die Interessen der österreichisch-ungarischen Buchbinder, Rastrizer, Futteralmacher, Ledergalanterie- und Kartonagenarbeiter, sowie der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

London. Die Bergarbeiter von Durham entschlossen sich ebenfalls für den Ausstand. Derselbe soll am 11. d. M. beginnen. Die Grubenarbeiter dieses Bezirkes gehören der Föderation, welche kürzlich den Ausstand beschloß, nicht an.

Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 11. bis 24. Februar 1892 eingegangene Gelder.

Hamburg-Vorgfelder Männergesangverein.	80,—
Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) des Verbandes der Schiffszimmerer	86,09
Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) der Vereinigung der Stellmacher	18,—
Uetersen, Gewerkschaften	20,—
Hamburg, Verkaufsteileneinhaber der Tabak-Arbeitergenossenschaft	65,—
Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) des Verbandes der Kürschner	30,—
Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) des Verbandes der Steinmetzen	45,—
Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) der deutschen Schmiede	90,—
Quartalsbeitrag (I. Quartal 1892) der Vereinigung der Drechsler u.	72,—
Hamburg-Barmbeck, Drechsler (Waisfonds)	1,—
Hanau, Gewerkschaften (Waisfonds)	9,50
Neudamm, do. do.	58,20
Einbeck, do. do.	18,75
Kahla, do. do.	6,80
Werder a. S.	—,25
Wandsbeck, Gewerkschaften (Waisfonds)	13,55
Wiesbaden, do. do.	60,60
Mainz, do. do.	100,—
Lambrecht, Arbeiterchaft	83,—
Delmenhorst, do. do.	68,50
Weiskensel, do. do.	4,55
Glückstadt, do. do.	10,—
Blauen, do. do.	8,80

H. Dammann, Kassirer, Hamburg.

Zollvereinsniederlage, Wilhelmstraße 13, I.
Die Handweberei im Kreise Grasschaft Hohenstein geht hoffnungslos ihrem Untergange entgegen. Die entkräfteten Männer, die blaffen Kinder, die zu Soldaten untauglichen Burischen bezeugen es, schreibt man der „Magdeburger Zeitung“ aus Nordhausen. Der „soziale Ausschuss des Hohensteinischen Pfarrvereins“ erläßt jetzt einen Aufruf, in dem er Gaben der Liebe erbittet, um 1. den ärmsten Weberfamilien, welchen infolge der schlechten Kartoffelernte der Hunger naht, helfen, besonders aber 2. Prämien als Ersatz für ihnen entgehenden Arbeitsverdienst solchen Eltern gewähren zu können, deren Kinder der Weberei den Rücken kehren. Der soziale Ausschuss ruft den Webern zu: „Gerade

aus der Weberlei: die Erwachsenen wenigstens im Sommer, die heranwachsende Jugend aber für ihr ganzes Leben! — Es wäre für den Staat ein Leichtes, den in der Handweberei noch beschäftigten Personen den Uebergang zu einem anderen Berufe zu ermöglichen, wenn er sich endlich zur Anerkennung der Verkürzung der Arbeitszeit in allen gewerblichen u. Betrieben aufschwingen wollte. So lange aber in der Gesetzgebung der Kapitalismus die führende Rolle spielt, was Angesichts des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage allerdings mit Schuld des Proletariats selber ist, so lange ist an eine gründliche Aenderung des Regierungsmaximen in dem angeedeuteten Sinne nicht zu denken; das geflügelte Wort vom „Weber-Elend“ wird deshalb noch manches Jahr durch die Lande flattern.

Ueber eine Folge des Buchdruckeraufstandes schreibt die „Papier-Zeitung“, das Organ der Fabrikanten: „Die während des Aufstandes vielfach beobachtete Verschlechterung der Setzerleistungen dauert zum Verdruss der Korrektoren, Verleger und Zeitungs-Herausgeber noch immer fort. Fahnenabzüge, die früher, unter Anzeichnung einer erträglichen Fehlerzahl, in einer halben Stunde erledigt werden konnten, fordern jetzt zwei bis drei Stunden angelegentlichster Reinigungsarbeit, und die zweite Korrektur, bei der das Vergleichen mit der ersten viel Zeit in Anspruch nimmt, dauert länger und weist oft noch mehr Fehler auf als früher die erste Korrektur. Es handelt sich nicht mehr um vereinzelte Buchstabenfehler und kleine Versehen, sondern es sieht aus, als wären in den Berliner Druckereien jetzt hauptsächlich Setzer tätig, welche die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrschen und nur über ein höchst bescheidenes technisches Können verfügen. Dies ist auch in der Tat der Fall. Jene minderwertigen Kräfte, welche zur Zeit des Aufstandes aus kleinen Druckereien Böhmens und Nieder-Oesterreichs in Berlin einwanderten, um die gutbezahlten Zeitungssetzerstellen einzunehmen, sind noch nicht entlassen und liefern eine wahrhaft erschreckende Art von Setzarbeit. Es ist ja anerkennenswert, wenn die Buchdruckereibesitzer jene irregulären Hülfsstruppen, die ihnen den Streit gewinnen halfen, nicht sofort nach Erreichung ihres Zieles wieder wegschicken, aber es liegt in den großen Städten die dringende Gefahr vor, daß dadurch die Gesamthöhe der Buchdruck-Leistungen dauernd herabgemindert wird. In den Kreisen der Druck-Auftraggeber herrscht die Ansicht: „So darf es nicht weitergehen!“ — Kommentator überflüssig.

Gerichtliches.

Ein „Bandwurm-Prozess“, der mehrere Tage das Gericht beschäftigte, wurde vor einigen Tagen vor der Strafkammer in Köln verhandelt. Angeklagt war der Heilkünstler Mohrman und zwei seiner Helfershelfer wegen Betrugs, jahrlängiger Körperverletzung, Anfeindung von Geheimmitteln. Es wurden mehr als 100 Zeugen vernommen, die zumeist erklärten, daß sie ihnen verordnete Bandwurmmittel keinen Erfolg gehabt habe; freilich ließ sich gar nicht feststellen, ob sie den Bandwurm überhaupt hatten. Jeder, der bei dem Agenten Salinsky erschien, wurde von ihm auf Bandwurm hin behandelt, ohne daß er untersucht worden wäre, wo u. S., der keinerlei medizinische Kenntnisse besitzt, auch gar nicht im Stande gewesen wäre. Die Mittel, die in einer Berliner Apotheke angefertigt werden, sandte Mohrman selbst den Patienten unter Nachnahme zu; sie mußten mit 10—30 Mark bezahlt werden, während sich der Herstellungspreis nur auf 1 Mark stellt. Das Mittel ist das auch in der medizinischen Praxis allgemein gebräuchliche gewesen: Farnkrautwurzel und Garat bzw. Couffo-Extrakt, ein Präparat, das mit großer Vorsicht angewandt werden muß. Die von der Verteidigung geladenen Zeugen sprachen sich über den Erfolg ihrer Kur überwiegend befriedigt aus. Dagegen fehlte es auch nicht an Personen, die durch die Bandwurmfur in ihrer Gesundheit geschädigt wurden. Die Strafkammer verurteilte jeden der drei Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis, Mohrman überdies zu 1500 Mark Geldbuße.

Parlamentsbericht.

Deutscher Reichstag.
185. Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst zahlreiche Petitionen, welche von der Petitionskommission als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet worden sind.

Auf Antrag des Abg. Wegner wird die Petition der Bauhandwerker-Jungung des Löwenberger Kreises, betreffend die Einführung des Befähigungsnachweises für die Bauhandwerker, an die Kommission zur Berichterstattung zurückverwiesen. Die übrigen Petitionen werden für erledigt erklärt und es wird die entsprechende Bescheidung der Petenten erfolgt.

Es folgt die Beratung folgenden Antrages der sozialdemokratischen Partei (Auer und Gen.): Die verblüdeten Regierungen zu ersuchen, alsbald dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Uebernahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekenwesens durch das Reich herbeigeführt wird.

Dem Antrage sind folgende Motive beigegeben: Der Uebergang des Apothekenwesens in Reichsverwaltung und Reichseigentum ist die notwendige Konsequenz der Gesetzgebung über Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung. Das Reich soll mit der Verwaltung und Besorgung des Apothekenwesens kein fiskalisches Interesse verfolgen, sondern die Medikamente zum Selbstkostenpreise verabreichen.

Abg. Bebel (Soz.): Unser Antrag soll nicht dem Staate einen materiellen Vorteil bringen, sondern die Bevölkerung, namentlich die Kranke, günstiger stellen. Nach der Gewerbeordnung ist das Apothekergewerbe konzeptionspflichtig; die Apothekekonzeptionsverleihung aber erreicht den Konzeptionsritten zum größten Vorteil, dem Publikum zum größten Nachteil. Der Reichstag beschäftigte sich mit der Frage schon mehrfach. Am 12. Oktober 1867, also zwei Jahre vor Erlaß der Gewerbeordnung, dann bei Beratung derselben in zweiter und dritter Lesung, weiter 1873, 1874, 1878 und zuletzt am 16. Februar 1888 wurden teils vom Plenum, teils von Kommissionen Beschlüsse gefaßt, wonach die Reichsregierung zur Vorlegung eines allgemeinen deutschen Apothekengesetzes aufgefordert wurde. Mehrfach wurde in diesen Beschlüssen die Beseitigung des Nachweises des Bedürfnisses nach einer Apotheke verlangt, der Abg. Dr. Birchem hat sich im Jahre 1879 entschieden für die Verstaatlichung der Apotheken ausgesprochen. Delbrück und Michaelis sagten mehrfach die Erfüllung der auch von ihnen als gerechtfertigt anerkannten Wünsche zu, was freilich zuletzt nur noch mit großer Skepsis angenommen wurde; der Bundesrat beschäftigte sich mehrfach mit der Frage, die er allerdings für noch nicht spruchreif erklärte, bis nach dem Rücktritt Delbrücks und Michaelis jeder Versuch einer reichsgesetzlichen Regelung der Materie aufhörte und nur noch Petitionen den Anlaß zu ihrer Besprechung im Hause boten. Inzwischen war 1877 das Gesetz zur Regelung des Apothekenwesens in Bezug auf die Zulassung der Apothekenbetriebe in Bezug auf die Zulassung der Apothekenbetriebe eingeführt wurde; sofort stiegen dort die Preise für eine Apotheke von 15—18 000 Mark auf 50—60 000. Die gegenwärtige Praxis in der Handhabung der Konzeptionsurteilung giebt keine Hoffnung auf Besserung. Wir haben in Deutschland 4680 Apotheken mit 6000 Gehilfen und Lehrlingen, und außer ihnen darf Niemand, z. B. auch kein zum Apothekenbetrieb befähigter, händler und examiniertes Droguist Medikamente herstellen und verkaufen. Noch vor wenigen Jahren hat das sächsische Ministerium die ihm unterstellten Behörden aufgefordert, in jedem Uebertretungsfall gegen den betreffenden Droguisten nicht mehr Geldstrafe, sondern Haft zu beantragen. Durch die Zunahme der Bevölkerung und die sozialpolitische Gesetzgebung mit ihren zahlreichen Krankenkassen ist der Gewinn der privilegierten Apotheker ganz außerordentlich gestiegen. Die Folge ist eine sehr große Steigerung des Preises der Apotheken und ein so häufiger Wechsel der Besitzer, wie in keinem anderen Gewerbe. Von 1876 bis 1887 vermehrte sich die Zahl der Bevölkerung Deutschlands um 9,7 Prozent, die der Apotheken um 284, d. h. um 6, die der Pharmazie Studirenden um 60, die der Apothekern um 50 Prozent; 1876 kam eine Apotheke auf 10 800 Einwohner, 1887 eine auf 11 800; in Preußen stieg in demselben Zeitraum die Zahl der Apotheken von 2336 auf 2532. Beim Apothekenverkauf rechnet man das 7—10fache des Jahresumsatzes als Wert. Die Apotheker arbeiten mit einem Durchschnittsgewinn von 200 pSt. Viele reiche Apotheker kaufen Apotheken nur, um sie nach wenigen Jahren mit großem Nutzen wieder zu verkaufen. In der preussischen, noch jetzt geltenden Apothekerordnung vom 24. Oktober 1811 wird als Preis zur Apothekenveräußerung das Wachstum der Bevölkerung und Steigerung des Wohlstandes angegeben. Man erkannte also schon damals, daß nur der Regulierte überhaupt Medikamente kaufen könne, inwieweit hat die sozialpolitische Gesetzgebung mit dem Konzeptionsgesetz auch die Zahl der Medizinalkonsumenten erheblich vermehrt. Schon 1875 bemerkte eine Petition von Droguisten, in den Großstädten sei der Preis der Apotheken unverhältnismäßig gestiegen; seitdem hat sich die Preissteigerung auf alle Dörfer ausgedehnt. Nach einem amtlichen Bericht aus dem Regierungsbezirk Siegen über die Jahre 1884 bis 1888 kostete die Apotheke in einem Städtchen mit 3000 Einw. in dieser Zeit 160 000 Mk., in Läden, einer Stadt mit 5000 Einw. 155 000 Mk., in Landstädten mit 70 000 Einw. 255 000 Mk., in Glogau die Hofapotheke 266 000 Mark; in Marilla stieg von 1884—88 der Preis der Apotheke von 80 000 auf 120 000 Mk., in einer anderen Stadt von 20 000 Mk. 1880 auf 150 000 Mk. 1884 und auf 181 000 Mk. 1888; aus einer kleineren Stadt in der Nähe von Hanau wird berichtet, daß die Apotheke gekostet habe: 1876: 51 000 Mk., 1881: 65 000 Mk., 1885: 72 000 Mk., 1888: 88 000 Mk., 1889: 106 000 Mk.! In dieser kurzen Zeit hat also diese Apotheke fünfmal ihren Besitz gewechselt! Das Apothekergewerbe ist hiernach ein Privilegium für reiche Leute geworden. Etwas ist ja die Konzeption eine reine Personal-konzeption, die, wenn der Inhaber sie erwischt, an den Staat zurückfällt, praktisch ist es anders: praktisch erkennen Gerichte, daß, wenn ein Grundstück, in dem eine Apotheke sich befindet, subhastriert wird und der den Höchstbetrag bietende zur Ausübung des Apothekergewerbes berechtigt ist, diesem die Fortführung der Apotheke sichergestellt ist. Ein Blick in die „Apotheker-Zeitung“, das Organ des deutschen Apothekervereins, zeigt, wie häufig Apotheken veräußert sind; in jeder Nummer findet man zahlreiche Aneerbietungen. Im Großherzogtum Baden sind von 1884 bis 1889 von 147 vorhandenen Apotheken 50 für 7310 000 Mk. verkauft worden, also die einzelne für durchschnittlich 144 000 Mk. Durch die hohen Ankaufspreise sind die Apotheker genötigt, die Apotheke auf jede Weise rentabel zu machen und so werden sie gegen die Bestimmungen der Konzeptions- u. Hauptverkaufer

der teuren Geheimmittel; sie verkaufen „Medizinalwein“, den man in jeder Weinhandlung viel billiger bekommt. Dabei sind durch die sozialpolitische Gesetzgebung 6 500 000 Arbeiter in der Krankenversicherung, 13 500 000 Arbeiter in der Unfallversicherung; im Jahre 1889 wurden von den Krankenkassen 11 775 000 Mk. für Medikamente ausgegeben, von reichen Klassen Krankengeld für Ärzte und Medikamente 7 Millionen, von anderen Anstalten für Medikamente 7 Millionen. Da bieten die Apotheker natürlich Alles auf, ihr Privilegium zu behalten. In Preußen ist schon 1888 ein Ministerialerlaß ergangen, wonach neu-konzeptionierte Apotheken nicht früher als 10 Jahre nach Erteilung der Konzeption verkauft werden dürfen, widrigenfalls die Konzeption verfiel und vom Staate wieder neu verliehen werde. Mit der Zahl der Bevölkerung wächst naturgemäß der Wert der Apotheken. Und wenn man diesen Zustand noch für die Vergangenheit als berechtigt anerkennen will, wo die Apotheker die einzigen wissenschaftlich Gebildeten, zur Herstellung von Medikamenten Befähigten waren, so gilt das doch nicht für die Jetztzeit, wo durch den kolossalen Umschwung in der Physik und Chemie es möglich geworden ist, die Medizinalstoffe billig und vorzüglich in großen Fabriken herzustellen, von wo der Apotheker sie zu geringen Preisen bezieht, nach den Vorschriften der Rezepte mischt und teuer verkauft. Aus der Gegebenheit von Chemnitz hat mir ein Apotheker ein Rezept geschickt, wonach — die einzelnen Ingrezientenbezeichnungen sind von ihm verdeckt — die Konzeption für den Apotheker betragen: 25 Gramm grüne Seife: 1 Pf.; 3 Tropfen Rosenöl: 15 Pf.; 17 Gr. Salmiakstein: 20 Pf.; Zinkweiß: 3 Pf.; 2 Büchsen: 6 Pf.; in Summa 45 Pf.; der Apotheker nimmt dafür 1 Mk. 70 Pf. Gläser, die 4 bis 5 Pf. kosten, berechnen sie den armen Leuten mit 25 Pf.! Pasung macht in einer Brotschüre für den kleinen Landapotheker folgende Rechnung auf: Jahresumsatz aus der Rezeptur 3416 Mk. 75 Pf., aus dem Handverkauf 760 Mk. in Summa 4176 Mk. 75 Pf.; Ausgaben für Droguen 678 Mk. 70 Pf., für Flaschen 763 Mk. 55 Pf.; dabei hat der Apotheker aus seinem Hause noch Annertrag an Miets, Gartenfrüchten u. s. w.; der Kaufpreis dieser Apotheke betrug 1880: 18 000 Mk., 1890: 38 000 Mk.; der Apotheker verdiente an den Droguen 437 Proz., am Arbeitslohn 218 Proz., an Gläsern u. s. w. 288 Proz. Diese hohen Beträge muß das Publikum in dem Augenblick zahlen, wo für die Leute die größte Not und Elend eintritt, wo die Beschaffung der notwendigen Lebensmittel oft sehr schwer fällt. Nun sollte man doch meinen, in einem solchen Gewerbe werde für die Gehilfen und Lehrlinge gut gesorgt sein — nichts weniger als das! Wir haben bei der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung die Apothekerlehrlinge und Gehilfen miteinbeziehen wollen, der Reichstag lehnte es jedesmal ab! Ich weiß überhaupt nicht, woher diese den Apothekern besitzern so günstige Stimmung der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit kommt. Die Ausbeutung der Gehilfen und Lehrlinge im Apothekergewerbe ist die größte, die es giebt; in einer Berliner Apotheke hatte ein Gehilfe in 14 Tagen 200 Arbeitsstunden, täglich also 15, und nur alle 14 Tage einen freien Tag. Dadurch erklären sich auch die in letzter Zeit mehrfach von Gerichten erledigten Fälle falscher Rezeptinfertigungen, infolge deren Krankheitsverschlimmerungen, ja Todesfälle eintraten — die Leute sind eben zu überfordert. Ein tüchtiger Rezeptor kann im Tage 70 bis 100 Rezepturen anfertigen; aber wenn bis zu 150 Rezepte gefordert werden, so ist das zu viel. Die Verteuerung der Medikamente hat noch andere Uebelstände zur Folge. Die Krankenkassen-Versicherungen erliegen mehrfach Zukulare an die Kassendärzte, um möglichst billige Arzneien zu verordnen, oder, wo es geht, solche ganz fort zu lassen; mit den hohen Preisen verweigern sich also die Apotheker schließlich selbst. Auch haben Apotheker mehrfach Ärzte zu berechnen versucht — und nicht selten gelingt es ihnen — den Kranken möglichst viele und teure Medikamente zu verschreiben und die Kranken in ihre Apotheken zu verweisen. Das würde vermieden werden, wenn das Apothekergewerbe verstaatlicht und die Apotheker zu Staatsbeamten gemacht würden; dann hätten sie kein Interesse daran, so hohe Feinerträge herauszuschlagen. Bei einer Verstaatlichung der Apotheken würden die Preise allmählich billiger werden. Jede neue Apotheke würde dem Staat nichts kosten, während der Staat allerdings die bestehenden, von ihm zu übernehmenden Apotheken entschädigen müßte. Selbstverständlich brauchte das Reich nicht diejenigen Spekulationspreise zu zahlen, welche einzelne Unternehmern in den letzten Jahren, veranlaßt durch die allgemeine Lage des Apothekenwesens, gezahlt haben, sondern nur eine Durchschnittszahlung. Die weitaus größte Zahl der Apotheken beruht nicht auf Real-, sondern Personal-konzeptionen. Der Staat braucht also nur abzuwarten, bis diese Apothekenbesitzer ihr Gewerbe aufgeben oder sterben, um dann in den Besitz der Apotheken zu gelangen. Durch die Verstaatlichung würde auch der Geheimmittelschwindel, wie er durch die heutigen Apotheker unterhalten wird, mit einem Schlage beseitigt werden. Angesichts der vom Reichstage beschlossenen sozialen Gesetzgebung, die in den nächsten Jahren noch ausgedehnt werden soll, ist es eine dringende Notwendigkeit, dem jetzigen Apothekenunfug durch Uebernahme des Apothekenwesens auf das Reich ein Ende zu machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: 1877 waren Seitens der Reichsverwaltung dem Bundesrate zwei Gesetzentwürfe zur Regelung des Apothekenwesens vorgelegt, einer auf Grund der Personal-, der andere auf Grund der Real-konzeption. Die Beratung im Bundesrat endete damit, daß der Bundesrat Abstand nahm von der einheitlichen Regulierung, weil die Regelung auch von einer anderen Seite auf vielfachen Widerspruch stieß. Die preussische Regierung hat sich dann in ihrem Reichsbereich mit der Materie beschäftigt, aber auch hier haben sich noch nicht ausgeprägtere Reinigungsverhältnisse ergeben. Ich bin aber zu der Annahme berechtigt, daß in nicht zu ferner Zeit die Frage wird geregelt werden können; es wird jedenfalls nicht mehr so lange dauern, wie es schon gebauert hat. Dann erst würde auch die Zeit sein, den Gedankens des Antrags voll zu würdigen. Die Annahme des Antrags würde die bestehenden Schwierigkeiten nicht vermehren, sondern vermindern. Die Verstaatlichung der Apotheken halte ich für kaum durchführbar. Dazu müßten wir neue fassende Organisationen haben, über die wir jetzt nicht gebieten. Ich werde Alles tun, um die Vorzüge eines derartigen Entwurfs nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Abg. Wegner (Soz.): Wir schätzen den Antrage auf Verstaatlichung einer derartigen Vorlage an. Die rapide

Steigerung der Apothekenpreise ist gegeben; Herr Bebel hat aber alle Momente, welche geeignet sind, die angeblichen hohen Gewinne der Apotheker zu schmälern, anzuführen unterlassen. Wenn die Borkwürfe des Abg. Bebel dahin gehen sollten, daß die Apotheker den Geheimmittel-Schwandel begünstigten, so ist das ebenso unwahr, wie die behauptete unmenschliche Behandlung der Gehilfen. Unser Apothekerstand steht viel zu hoch, als daß er von solchen Angriffen berührt würde. Die weitest aus größte Zahl der Apotheken sind Realapotheken (Widerspruch links), wenigstens bei uns in Baden; wie diese alle ohne ungehörte Willkür aus dem Reichsfaßel abgelöst werden sollen, ist mir unerfindlich. Wir bitten um die Ablehnung des Antrags, wir haben allen Grund, auf unsere Reumundneuziger stolz zu sein. (Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. März 1892.

Die Sterblichkeit der Proletarietkinder ist bekanntlich erschreckend groß. (Nach Caspars Untersuchungen sterben von 1000 zu gleicher Zeit geborenen Menschen in den ersten 5 Jahren: Wohlhabende 57, Arme 345. Nach Singers Untersuchungen über die sozialen Zustände in den Fabriksbezirken des nordöstlichen Böhmens sterben von 1000 Geborenen überhaupt im ersten Jahre 413.) Diese große Sterblichkeit trifft in noch weit höherem Maße diejenigen Kinder, welche nicht die Mutterbrust erhalten, sondern auf andere Weise ernährt werden, und ist während der warmen Jahreszeit noch höher als in der übrigen. Dieses massenhafte Zugrundegehen der kleinen Wesen ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß die zur Ernährung dienende Milch im Sommer sehr schnell schlecht wird und den Tod der Kinder herbeiführt. Der Wissenschaft ist es nun gelungen, die Ursache des schnellen Verderbens der Milch zu entdecken. Eine hiesige Zeitung berichtet darüber Folgendes:

„Nachdem die berühmtesten Autoritäten der Medizin nachgewiesen haben, daß die Milch der größte Erzeuger todtbringender Krankheiten als Tuberkulose, Skrofeln, Diphtheritis, Typhus, Scharlach, Brechdurchfall u. a. m. ist, hat sich die Wissenschaft damit beschäftigt, die in der Milch vorhandenen gefährlichen Keime zu vernichten und dieses namentlich den Kindern unentbehrliche Nahrungsmittel ungefährlich zu machen. Es ist gelungen, einen Apparat zu erfinden, durch welchen alle in der Milch enthaltenen Gährungsreger und Krankheitsstoffe beseitigt werden. Hierdurch wird auch erreicht, daß die Milch sauer wird und in den heißesten Monaten unverändert genießbar ist. Zahlreiche Versuche mit diesem Apparate hatten den überraschendsten Erfolg. Auch ist bewiesen, daß sterilisirte Milch in jeder Beziehung alle bisher bekannten Kinder-Ernährungsmittel übertrifft.“

Nun sollte man doch glauben, daß sofort der Staat oder die Kommune die nötigen Schritte tun werden, damit auch das ärmste Proletarietkind nur sterilisirte anstatt unreine Milch als Nahrung erhalten kann. Weit gefehlt, das betreffende Blatt giebt bekannt, daß der Apotheker Seidel aus Bunzlau hierseits eine Sterilisierungsanstalt errichtet hat und daß jetzt schon Anmeldungen zur Lieferung angenommen werden. Daß die Milch aus der Anstalt bedeutend teurer sein, vielleicht wahre Apothekerpreise haben wird, dürfen wir dreist vermuten. Aus diesem Grunde wird die Erfindung der Sterblichkeit der Proletarietkinder keinen Einfall tun. Es ist doch höchst sonderbar, wenn ein armes Mädchen ihr Kind aus Furcht, dasselbe nicht ernähren zu können, tödet, so folgt darauf harte Strafe, ja sogar wer keimendes Leben vernichtet, wird bestraft. Und hier könnte die Gesellschaft mit Leichtigkeit dem Massenmord der Säuglinge Einhalt tun unter Anwendung der von der Wissenschaft an die Hand gegebenen Mittel. Und was geschieht? Garnichts! Man begnügt sich damit, die Taktische einfach zu konstatieren, und überläßt die Erfindung dem Kapitalismus zur weiteren Ausbeute. Es wäre wahrhaftig schade, daß begabte Menschen jahrelang ihr Hirn abmartern, um wichtige Entdeckungen zu machen, wenn wir nicht wüßten, daß die Zeit doch kommen muß, in welcher alle diese Erfolge der gesammten Menschheit zum Heile gereichen werden. Daß die kapitalistische Gesellschaft nicht im Stande ist, diese Aufgabe zu lösen, brauchen wir wol nicht erst zu beweisen.

„Fortschritt“-Blech. In dem letzten Diskussionsabend des Fortschrittsvereins hat, wie die „Breslauer Morgen-Zeitung“ berichtet, eine lebhafteste Debatte über die Ernährungsfrage stattgefunden. In dem Berichte heißt es am Schlusse:

„Auch dem Handwerke kann nicht die staatliche Unterstützung, von der man heute allein alles Gute erwarte, sondern nur vernünftige Selbsthilfe wirklichen Nutzen bringen.“

Man darf sich in der That nicht wundern, wenn die Zahl Derer, die solchen Unsinn glauben, immer kleiner wird, und sich die Zahl jener vergrößert, die sich dadurch selbst zu helfen versuchen, indem sie für die Durchführung des Sozialismus eifrigst Propaganda machen.

Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Am 2. d. M., Abends, war der Arbeiter Konstantin Deynert im Fuchshof auf der Schiefwerderstraße mit Aufladen von Ziegeln beschäftigt. Als ein vierspänniger, mit Ziegeln beladener Lastwagen aus dem Hofe fuhr und der Kutscher neben dem Vordergespann herging, machte sich Deynert an dem Hintergespann zu schaffen. Hierbei muß er gestrauchelt sein, denn als plötzlich ein Schreckensschrei ertönte und sich der Kutscher umwandte, sah er, daß das Vorderrad des Wagens Deynert über den Körper gegangen war. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur den infolge Schädelbruchs eingetretenen Tod konstatieren. Der entseelte Körper wurde nach der Anatomie geschafft.

Tod infolge schwerer Verletzung. Am 1. d. M. wurden dem Vorarbeiter Robert Bell auf dem Oberschlesischen Bahnhof von einer Maschine beide Beine zermalmt. Im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder, wohin Bell geschafft worden war, ist er am 2. d. M. seinen Leiden erlegen.

Verirrtes Kind. Der fast vier Jahre alte Knabe Waldeemar Belzig hat sich am 1. d. M. auf dem Wege von der Spielschule auf der Adalbertstraße nach der Wohnung seiner Pflegemutter, der Arbeiterin Schönborn, Uferstraße 3, verirrt und ist noch nicht ermittelt. Der Knabe hat blondes Haar und ist mit schwarzer Jacke, blauer Hose, schwarzer Pelzmütze und Knöpfschuhen bekleidet.

Polizeilich gemeldete Infektionskrankheiten. In der Woche vom 21. bis 27. Februar 1892 wurden 35 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an modifiz. Pocken 1, Diphtheritis 16, an Unterleibstypheus 4, an Rückfallfieber —, an Scharlach 12, an Masern 2, an Ruhr —, an Wochenbettfieber —.

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 21. bis 27. Februar 1892 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 56 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 241 Kinder geboren, davon waren 193 ehelich, 48 unehelich, 234 lebendgeboren (127 männlich, 107 weiblich), 7 todtgeboren (3 männlich, 2 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (einkl. Totgeborene) betrug 160 (mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen fanden im Alter von 0—1 Jahr 54 (darunter 20 unehelich Geborene), von 1—5 Jahren 20, über 80 Jahre 2. — Es starben an Scharlach 2, an Masern und Röteln —, an Rothe —, an Diphtheritis und Group 4, an Wochenbettfieber —, an Keuchhusten —, an Unterleibstypheus incl. Nervenfieber 2, an akutem Gelenkrheumatismus —, an Brechdurchfall 3, an anderen akuten Darmkrankheiten 16, an anderen Infektionskrankheiten 1, an Gehirnschlag 4, an Krämpfen 11, an anderen Krankheiten des Gehirns 14, an Lungenentzündung 25, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 15, an anderen akuten Krankheiten der Atmungsorgane 1, an anderen Krankheiten der Atmungsorgane 10, an allen übrigen Krankheiten 49, in Folge von Verunglückung 1, in Folge von Selbstmord 2, in — Falle war die Ursache unbekannt. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen Gestorbene in der Berichtswoche 24,44, in der betreffenden Woche des Vorjahres 29,11, in der Vorwoche 24,45.

Städtisches Krankenhaus an der Göpperstraße. Anfang Februar befanden sich in obengenannter Anstalt 204 Geistesranke; aufgenommen wurden im Laufe des Monats 39, entlassen 50 Personen. Es verblieben mithin Ende Februar 193 Geistesranke in dem Krankenhause. Gestorben sind 12 Personen.

Der Oder. Das Wasser der Oder fällt trotz der Kälte nur langsam. Die bereits eröffnete Schiffahrt hat unter der Ungunst der Bitterung und des anhaltenden Nordostwindes zu leiden. Dampfer „Schönfelder“ hat heute Kohlen in der Ohlemündung eingenommen und ist bald darauf mit leeren Fahrzeugen nach Oppeln gefahren. Dampfer „Prinz Heinrich“ ist von seiner Schlepptour nach Oppeln hier eingetroffen.

Diebstähle. Am 1. d. Mts. wurde einem Haushälter von einem Handwagen ein zweihenkliger Küber mit Margarine, im Werte von 20,40 Mk. entwendet. Der Küber ist gezeichnet: „Margarine. F. F. 50642. U. S. Mohr, Dittenjen.“ — Am 2. d. Mts. wurde von dem Frachtwagen eines Fuhrmannes aus Sauer ein Koller Weinwand im Werte von 500 Mk. gestohlen. Das Koller führt die Zeichnung C. N. 2.

Ein Hochstapler. Am 2. d. Mts. wurde hier wegen verschiedener Hotelzschprellereien ein junger Mann festgenommen, der sich als königl. sächsischer Hofchor-

sänger Paul von Dehlschlegel ausgab. Er nannte sich später auch Staubschlegel und Fritsche. Bei seiner Festnahme stellte es sich aber heraus, daß man es mit keinem königl. Hofchoränger, sondern mit dem Laufburschen Willy Henner zu tun hatte, der vor etwa 14 Tagen nach einer Unterschlagung von 700 Mark aus Dresden flüchtig geworden war. Da sein Geld bis auf den letzten Pfennig verbraucht war, verübte er hierorts Zerschprellereien. Alle durch ihn Geschädigten mögen sich bald im Zimmer Nr. 21 des Polizeipräsidiums melden.

Einbruch. Am 1. d. M., Abends zwischen 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr, wurde von einem Unbekannten der Barbierladen in dem Hause Friedrich-Wilhelmstraße 73 mit einem Nachschlüssel geöffnet und aus einem gewaltsam erbrochenen Wandschraube ein Geldbetrag von 140 Mk. entwendet.

Verdunstene Tasche. Am 19. v. M., in der achten Stunde hat sich eine Frau auf dem Wege von der Lehmgrubenstraße nach der Klosterstraße von einem unbekanntem Mann den Weg zeigen lassen und ihm eine Tasche, welche ein Portemonnaie mit 25 Mark, ein Paar goldene Manschettenknöpfe, im Wert von 45 Mark, und einen Porzellantrug enthielt, zum Tragen gegeben. Mit dieser Tasche soll der Mann davon gelaufen sein. Da die Frau zeitweise an Schwachmüdigkeit leidet und sich erst am 2. d. M. aus der Wohnung ihres Ehemanns entfernt hat, ohne bis jetzt zurückgekehrt zu sein, so liegt die Vermutung nahe, daß sie die Tasche verloren oder irgendwo eingesteckt hat. Wer irgend eine zweckdienliche Angabe über den Verbleib der Tasche machen kann, melde sich im Zimmer 21 des Polizeipräsidiums.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 2. d. Mts. 56 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurde: einem Mattenleger auf der Breitenstraße ein brauner Winterüberzieher. — Abhandeltam: einer Witwe auf der Gardestraße eine schwarze Tasche. — Gefunden wurden: eine Remontoiruhr, ein Portemonnaie mit Inhalt und eine Brille.

Breslauer Marktpreise vom 3. März per 100 Kilogr.

	gute		mittlere		geringe Waare	
	höchst	medr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen, weißer	22,20	21,90	21,10	20,80	19,20	18,20
Weizen, gelber	22,10	21,80	21,10	20,60	19,20	18,20
Roggen	22,00	21,60	20,90	20,60	19,60	19,40
Gerste	17,90	17,20	16,20	15,70	14,70	14,40
Hafer	14,80	14,30	14,00	13,50	13,—	12,50
Erbsen	21,—	20,30	19,50	19,—	18,—	17,50

Heu (neues) 2,40—2,80 Mk. pro 50 Kilogramm.
Roggenstroh 27,00—30,00 Mk. pro 600 Kilogramm.

Berichtliches.

Breslau, 3. März. Landgericht. Strafkammer I. Taschendiebin. Einer verwitweten Restaurateursfrau wurde am 12. Januar d. J., als sie bei Gelegenheit einer Beerbigung teilweise im Gerdänge durch die Neue Weltgasse gegangen war, das Portemonnaie mit 8 Mark 45 Pf. Inhalt aus der Tasche entwendet. Die in der Nähe befindlichen Polizeideamten sagten eine bekannte Taschendiebin, die 67 Jahre alte verwitwete Terese Rosenkranz als die mutmaßliche Täterin an, und wirklich bestand sich dieselbe im Besitz des gestohlenen Portemonnaies. In der heut stattgehabten Hauptverhandlung legte die bisher in Untersuchungshaft befindlich gewesene Rosenkranz ein offenes Geständnis ab; wegen der vielen Vorstrafen der Angeklagten, welche bereits wegen Taschendiebstahls nach verschiedenen Strafmaßnahmen 4 Mal, zusammen 12 Jahre, im Zuchthause gesessen hat, hielt der Gerichtshof indessen die Zubilligung mildernder Umstände trotz des Geständnisses und des geringen Objekts nicht für angemessen und das Urteil lautete deshal auf 6 Jahr Zuchthaus, 6 Jahr Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Der Diebstahl beim Dinkel. Ein now nicht 18 Jahre alter Bepfling wurde heut aus der Untersuchungs-haft auf die Anklagebank gebracht, um sich wegen eines Geld-diebstahls in Höhe von 57 Mk. zu verantworten. Der Bruder des Angeklagten befindet sich bei einem Speditur als Bepfling und wenn dessen Prinzipal auf einen oder mehrere Tage ver-reist, so schließt der Bepfling nach Geschäftsschluss das Komptoir ab und nimmt die dazu gehörigen Schlüssel mit nach der Wohnung seiner Eltern. Dies hatte er auch eines Tages im Januar d. J. getan. Der jetzt angeklagte Bruder eignete sich damals die Schlüssel ohne Wissen seiner Angehörigen an öffnete damit das Komptoir, brach im Innern das Pult des Spediteurs auf und erwarb heimlich das vorhandene Geld in Höhe von 57 Mk. Von diesem Gelde machte er sofort mehrere Ankaufungen und lebte auch den Abend über reichlich, so daß er am nächsten Tage nur noch etwas über 20 Mk. besaß. Ehe noch der Speditur, welcher der Dinkel des Diebstahls über die Person desselben unterrichtet war, hatte er die Dinkel schon der Polizei gemeldet, und schon die erste Vernehmung führten zur Ermittlung des Täters. Da derselbe trotz seiner Jugend schon eine Vorstrafe für Diebstahl in Höhe von 14 Tagen verbüßt hat, so bemah mit Rücksicht hierauf das Strafkammer-Kollegium heut die Strafe auf sechs Monate Gefängnis.

Schlesien.

Falkenberg O.S. Freie Arbeiter oder Sklaven? Wir haben gestern die hiesigen Arbeitsverhältnisse ge-

gehend beleuchtet und zum Schluß mehrere Angaben über Höhe und Arbeitszeit folgen lassen. Zuerst berichteten wir in dieser Weise über die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter auf den Domänen. Wir wollen nun auch noch zwei andere Branchen uns etwas näher betrachten:

II. Bauarbeiter.

deren wir hier sehr viel haben, die zum Teil auswärts in den größeren Städten arbeiten.

Maurer und Zimmerleute.

- 1. ein sogen. I. Polier im Sommer bei 11ständ. Arbeitszeit 8 Mk. pro Tag,
2. ein sogen. II. Polier im Sommer bei 11ständ. Arbeitszeit 2,40 Mk. pro Tag,
3. ein sogen. I. Geselle im Sommer bei 11ständ. Arbeitszeit 2,10 Mk. pro Tag,
4. ein sogen. II. Geselle im Sommer bei 11ständ. Arbeitszeit 1,90 Mk. pro Tag,
5. ein sogen. III. Geselle im Sommer bei 11ständ. Arbeitszeit 1,70 Mk. pro Tag.

Dieselben erhalten im Herbst bei 8ständiger Arbeitszeit: 1. Kategorie 2,40 Mk., 2. Kategorie 2,- Mk., 3. Kategorie 1,80 Mk., 4. Kategorie 1,60 Mk., 5. Kategorie 1,50 Mk.
Auswärtig von 3 Jahren Lehrzeit erhalten im Sommer 1,10 bis 1,40 Mk. pro Tag, im Herbst 0,90 bis 1,20 Mk.;
Auswärtig unter 3 Jahren Lehrzeit im Sommer 0,90 Mk., im Herbst 0,75 Mk. pro Tag.

Müller (Handlanger), erwachsene, im Sommer 1,20 Mk., im Herbst 1 Mk.; Arbeiter (Handlanger), jugendliche, im Sommer 0,75 bis 0,90 Mk., im Herbst 0,60 bis 0,80 Mk.

Die Arbeitszeit ist für alle gleich. Zu beachten ist nun noch, daß die Leute oft 1 Stunde weit von zu Hause zu laufen haben bis zur Baustelle, welcher Weg natürlich nicht mit zur Arbeitszeit gerechnet wird.

III. Gewerbliche Arbeiter.

deren haben wir allerdings nicht viel hier.

Bei Kleinrentnern verdient ein Geselle bei 11- bis 12- stündiger Arbeitszeit nebst Kost und Logis 5 bis 6 Mk. die Woche, ein ausnahmeweise guter Arbeiter 6 Mk., verheiratete ohne Kost und Logis 10 bis 12 Mk. die Woche bei gleicher Arbeitszeit. Arbeiter in der Schweißerei verdienen bei 11ständiger Arbeitszeit 1 Mk. pro Tag. Arbeiter in der Gräf. Brauerei (alten Porzellanfabrik) verdienen pro Tag 1,20 Mk. Dann haben wir noch ein Eisenwerk hier, Lötwerkstatt, ebenfalls dem Grafen Frankenberg gehörend, das ist allerdings ein Busch mit 7 Stiegen für jeden Unbelegten. Nur so viel weiß ich, daß vor einigen Jahren der Oppelner Oberpräsident eine Statistik über die Löhne in dem Fabrikrevier Ober-Schlesien aufgestellt hatte und sich herausstellte, daß das Eisenwerk „Lötwerkstatt“ den niedrigsten Lohn, und zwar beispielsweise 35 Pf. für den Tag für weibliche Arbeiter bezahlte.

Zigarrenmacher.

Table with 2 columns: Category and Wage. Includes entries for Lehrlinge (4 Wochen, 8, 9 Monaten, 2 Jahren, 3) and Meister (1,50 bis 3 Mark pro Stille, Zigarrenmacher 3,50 * 7).

Arbeitszeit für alle:

im Sommer von 6-12 Uhr Vormittags und von 1-7 Uhr Abends, im Winter von 7-12 Uhr Vormittags und von 1-7 Uhr Abends.

Etwas lese ich in Nr. 8 des „Fallenberger Kreis- und Stadtblattes“, daß bei einer von Vertretern der sämtlichen hiesigen Innungen beschickten Versammlung behufs Entgegennahme des Berichtes des Delegierten vom Berliner Handwerktage unter anderem auch folgender Beschluß gefaßt wurde: Den Vorstand der Schmiede- und Schlosser-Innung zu bevollmächtigen, bei der hiesigen Polizei-Verwaltung den Antrag zu stellen, eine Polizeiverordnung erlassen zu wollen, wonach den Lehrlingen der Besuch der Schenklokale und das Zigarettrinken bei Vermeidung von Strafe verboten wird.

Die vielleicht dem einen oder anderen Leser der „Volkswehr“ noch erinnerlich sein dürfte, hatte ich schon im vergangenen Herbst Gelegenheit, mich in einem kleinen Artikel mit der Schmiede- und Schlosserinnung zu beschäftigen. Es handelte sich damals um die Ablehnung eines Antrages seitens genannter Innung, dahingehend, bei dem Magistrat vorstellig zu werden, daß für die Lehrlinge hierorts eine Sonntagsschulbildungsschule errichtet würde. Das liegt den Herren ganz ähnlich, für die Bildung der Lehrlinge was zu tun, da sind sie nicht zu haben, aber wenn es sich um Polizeiverordnungen handelt, die doch bekanntermaßen das Gegenteil von dem bewirken, was sie verbieten sollen, da ist man gleich bei der Hand. Das es gerade die Schmiede- und Schlosserinnung ist, der man von Seiten der anderen Innungen die Bevollmächtigung erteilt hat, zeigt uns so recht deutlich den reaktionären Charakter dieser Körperschaft.

Mit Vernehmung obiger Daten glaube ich im Interesse aller ihrer Geschlossen gehandelt zu haben, die häufig mit Landarbeitern und Kleinrentnern zu tun haben und daher so manches von dem hier Gesagten agitatorisch nützlich finden können. Dillan.

Siegau, 3. März. Glück muß der Mensch haben! In der gestrigen Sitzung der Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts wurde verhandelt wieder den Partikular Hermann Gy aus Hegau, welcher sich wegen öffentlicher fälscher Anschuldiung zu verantworten hatte. Der Angeklagte, wegen Unterschlagung und Betruges verurteilt, hatte mit dem Richter Meißner in Hegau in Geschäftsverbindung gestanden, bei welcher es zu Ungehörigkeiten gekommen war. Anfang Juni v. J. glaubte nun Gy, daß Meißner Blankescheit von ihm benutzt habe, und ließ sich vom Kaufmann Standke ein Schreiben an Meißner anfertigen, welches diesen Vorwurf enthielt. Meißner ließ nun den Angeklagten zu sich kommen, hielt in dessen Gegenwart (so) das „nur Sie“ Wortel von ihm bekommen, und ließ nun eines in diesem Sinne angelegten Briefes unterzeichnen. Eine Abschrift des Briefes mit einem Briefe (siehe Meißner zu

Standke, demselben nur mittelend, daß die Behauptung des Gy unwahr sei. Als Standke aus dem Gy die Abschrift des Briefes zeigte, behauptete jener sofort, Meißner habe ohne seinen Willen und ohne sein Wissen auf dem Revers über seinem Namen noch etwas hinzugesetzt. Gy benutzte darauf den Richter wegen Unbilligkeit bei der königlichen Staatsanwaltschaft hier selbst, doch wurde der Spiel dann umgedreht, da sich die Denunziation als grundlos erwies, und gegen Gy Anklage wegen wissentlich fälscher Anschuldiung erhoben. Am 11. November v. J. hat diese Anklage die hiesige Strafkammer bereits beschlagnahmt. Der Angeklagte blieb dabei, daß Meißner sich einer Unbilligkeit schuldig gemacht habe, was Meißner jedoch mit Entschiedenheit bestritt. Auf Grund der übrigen Beweisaufnahme hatte der Gerichtshof für erwiesen gehalten, daß der Angeklagte sich der wissentlich fälschen Anschuldiung schuldig gemacht habe, und verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust. Gegen dieses Urteil hat der Angeklagte beim Reichsgericht Revision eingelegt, und das Reichsgericht hat die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die hiesige Strafkammer zurückverwiesen, mit der Begründung, daß nach der Verhandlung Meißner den Original-Revers dem Standke wie dem Angeklagten nicht zur Einsicht übergeben habe und somit nicht nachgewiesen sei, daß der Angeklagte die falsche Anschuldiung wider besseres Wissen getan habe. In der gestrigen Verhandlung hat der Angeklagte dabei stehen, daß Meißner auf dem Revers über seiner Unterschrift etwas hinzugesetzt habe, und daß ihm der Original-Revers nicht mehr vor Augen gekommen sei. Ebenso erklärte Standke, Meißner habe in dem Schreiben an ihn nur die Unwahrheit der von Gy gethanen Äußerung behauptet und ihm die Abschrift des Reverses überreicht, ihm aber nicht das Original des Reverses zur Verfügung gestellt. Der Verteidiger des Angeklagten, Herr Rechtsanwalt Schreiber aus Breslau, beantragt, da nicht erwiesen sei, daß Gy die Anzeige gegen besseres Wissen gemacht habe, die Freisprechung, und auch der Gerichtshof hielt die wissentlich falsche Anschuldiung nicht für erwiesen, sondern nahm an, daß Meißner das Original hätte vorlegen müssen. Der Angeklagte wurde demzufolge freigesprochen.

Katticher. Auch ein Arbeitsgeber. Bekanntlich ruht hier die Rüstweberei zum größten Teil in den Händen von „Faktoren“, welche die Materialien den Webern zum Bearbeiten geben und hierfür von den Berliner Firmen eine Provision beziehen. Obzwar es anerkannt werden muß, daß die Weber mit dieser Einrichtung ganz zufrieden sein können, da ja die „Faktoren“ denselben Lohn zahlen müssen, wie diejenigen Firmen, die ein eigenes Komptoirpersonal hier unterhalten, so kommt es dennoch auch zu Mißlichkeiten zwischen den beiden Parteien. Ist eine solche Ausgebelei in schlechten Händen, so entstehen für den Weber allerlei Unzuträglichkeiten und speziell im Winter, der arbeitslosen Zeit, kann es gewissenlosen Ausgebern nicht schwer fallen, die armen Arbeiter auszubeuten. Glücklicherweise sind ja diese Fälle hier sehr selten, und wenn wir heute Veranlassung nehmen, einen derartigen Fall zur Sprache zu bringen, so erwarten wir, daß die Herren Fabrikanten diesem Herrn „Faktor“ etwas energisch auf die Finger sehen werden, denn es kann keineswegs im Interesse anständiger Firmen liegen, wenn die Arbeiter in gradezu himmelschreiender Weise behandelt werden. Befagter „Faktor“ ist ein mittelalter, junger Mann, dessen Arbeiterfreundlichkeit am besten dadurch gekennzeichnet wird, daß wir ihn selbst sprechen lassen: „Ich nehme gar keine Rücksicht auf die Weber, sie müssen mir für die Hälfte arbeiten! Und das tut dieses Herrchen denn auch in ausgebeuteter Weise. Abgesehen davon, daß er die Löhne so herunterdrückt, daß der Arbeiter fast dabei verhungern muß, zahlt er den armen Leuten oft gar keinen Lohn, oder er giebt ihnen 50-Pfennigweise die jener verdienten Groschen, weil er eben niemals Geld zum Bezahlen hat. Nur die große Not zwingt die Leute, im Winter für diesen Menschenfreund zu arbeiten, im Sommer bekommt er gar keinen ordentlichen Arbeiter. Daß es da täglich zu Skandalen kommt, ist klar, die armen Weber verlangen ihr Geld, werden aber auf alle mögliche Weise abgewiesen, und wird einer etwas dreist und verlangt energisch sein Geld, so droht ihm der Herr „Faktor“ mit dem Staatsanwalt wegen Hausfriedensbruchs. Weber aus Diekau und Gauswitz, 7 Kilometer von Katticher entfernt, müssen täglich hereinkommen und zu 50 Pf. und 1 Mk. den Lohn abholen. Diese Zustände sind wirklich jämmerlich und die Klagen der Opfer oft herzzerreißend. Aber auch die von dem Herrn „Faktor“ vertretenen Firmen fahren nicht gut bei solcher Vertretung, denn eine Unmasse von Stücken werden verdorben, der Weber hat ja gar keine Lust zu solcher Arbeit und es ist schon vorgekommen, daß man dem Herrn „Faktor“ das ganze Material zerstückt. Was tat es dem armen Weber, daß er für diese Sachbeschädigung 14 Tage brummen mußte? Wir meinen, daß solche Zustände entschieden beseitigt werden müssen. Der Arbeiter muß seinen Lohn erhalten, wenn er die Ware abliefern, und die Firmen selbst müssen hier Wandel schaffen! Nebenbei vertritt dieser geniale Arbeitsgeber vielleicht ein Duzend diverser Firmen und allwöchentlich schreibt er um neue Vertretungen. Kurz und gut, ein solches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist unhaltbar, ist widerwärtig. Es haben mir viele Arbeiter gesagt, so wie sie irgend wo

anders Arbeit erhalten, ziehen sie dem Herrn Faktor die Ketten ab, ob der Mann Schaden am Material erleidet oder nicht. Die vertretenen Firmen tun also gut, sich darnach zu richten. Der gute Ruf einer achtbaren Firma wird durch solche Vertretung nicht gehoben. Der klassenbewußte Arbeiter aber muß gegen eine solche menschenunwürdige Behandlung seitens dieses „Faktor“ protestieren und ich glaube, die ganze Arbeiterschaft von Katticher und Umgegend würde aufatmen, wenn dieser „Arbeitsgeber“ bald seine Stube ganz zuschließen würde, ein Umstand, der wol in Kürze naturgemäß eintreten muß, da man eben ohne Geld keine Arbeiter bekommen kann. Und an Geld hat der Herr Faktor immer einen großen Mangel von Ueberflus! Was an uns liegt, wir wollen mit unserer Laternen dem Herrchen schon jetzt tüchtig heimleuchten!

Diogenea.

Bausan. Bericht der Steinmeger. Allen Genossen und Kollegen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 1. März, die öffentliche Steinmegerversammlung stattfand. Die Meister, mit denen wir in den Geschäftsräumen bis zur letzten Stunde verhandelt hatten, bewilligten, den alten bisher gehabten Tarif weiter zu zahlen. Dieselben verweigerten aber natürlich die Unterschrift. Die Versammlung beschloß, daß wir wegen der Unterschrift zur jetzigen Zeit uns in keinen Streit einlassen dürfen. Sobald als wir erfahren, daß die Meister Abzüge machen wollen, sind wir immer noch zu sprechen. Die Versammlung war zum Erdrücken voll, sogar aus den Steinbrüchen von Wartbau waren gegen 20 Steinmeger anwesend. Es war eine Freude, daß Kollegen in der Versammlung anwesend waren, welche seit längerer Zeit uns vergessen hatten. Möge der Geist der Kollegen so bleiben, dann werden wir stets unsern Arbeitgebern Trotz bieten können. Sonntag, den 6. d. M., findet im Gasthof „zum goldenen Stern“ unsere allgemeine Monatsversammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. In demselben Lokal befindet sich auch die Herberge der Steinmeger.

Steinmeger.

Katticher, 3. März. Die Kinderpest ist, wie vorher gemeldet wird, in vielen Ortshäusern des an Preußen grenzenden Gouvernements Kiewe (Russisch-Polen) ausgebrochen.

Freystadt. In unsere Hände geriet der Parochialbericht über das Jahr 1891 für die evangelische Gemeinde Freystadt. Wir finden in demselben folgende Stelle:

„Wenn wir den Gesamt-Zustand des christlich-kirchlichen Gemeindelebens, wie es im abgelaufenen Jahre sich dargestellt hat, uns vergegenwärtigen, so haben wir mannigfache Ursache, Gott zu danken. Die im letzten Winter gemachten Versuche, die sozialistischen Irrlehren als einen Feuerbrand in unsere Gemeinde zu werfen, sind von wesentlichem Erfolge nicht gewesen, dieselben dürfen vielmehr als einseitigen abgeschlagen betrachtet werden. Freilich können wir uns nicht verhehlen, daß auch bei uns in manchen Kreisen ein empfänglicher Boden für diese grundstürzende Agitation vorhanden ist. Nur der Geist des Glaubens bei Hoch und Niedrig wird uns stark machen, derselben auf die Dauer zu widerstehen, und nur die mit der Tat und Wahrheit geübte christliche Liebe wird im Stande sein, die Klüfte, welche sich zwischen Armen und Reichen aufgetan, zu überbrücken.“

Ja, ja, Ihr Zionswächter! „Sie dürfen als abgeschlagen betrachtet werden,“ diese freventlichen Versuche. Die Herren gebärden sich gerade so, als ob sie mit ihren geistigen Waffen uns die öffentliche Agitation verleidet hätten, während doch auch hier wie überall nur das schädliche Mittel der Sozialabtreibung in Anwendung gebracht wurde, um uns mundtot zu machen. Häßlich von den Herren ist das Zugeständnis: „daß auch bei uns in manchen Kreisen ein empfänglicher Boden für diese grundstürzende (Brrrr!) Agitation vorhanden ist.“ Wir wären Stiel, wollten wir diesen Boden brach liegen lassen.

Ob der „Geist des Glaubens“ stark genug sein wird, dem Ansturm des Sozialismus zu widerstehen, bezweifeln wir. So, wie der Glaube, d. h. das Nichtwissen, den „grundstürzenden“ Ideen eines Galilei und Darwin erlegen ist, so wird er auch vor dem Sozialismus weichen müssen. Ebenso wenig aber wird auch die „christliche Liebe“ die Klüfte zwischen Arm und Reich überbrücken können. Sie sieht nun schon an die 2000 Jahre an dieser Brücke herum und wird nicht fertig damit. Die Arbeit der Sozialdemokratie will uns ersprißlicher erscheinen; sie ist bestrebt, die Klüfte auszufüllen, zu beseitigen. Das dürfte Jesu fromme Herren, aber nicht. Die Klüfte muß bleiben. Wie schon sagte nicht einmal Herr Pater Peters

in einer unserer Versammlungen: „Arme und Reiche wird es immerdar geben, denn Gott der Herr hat sie gemacht!“ — Ein schöner Trost, für den wir bestens danken. Einstweilen suchen wir uns auf andere Weise zu helfen. Und mögen die Herren die Sonne auf allen Seiten mit Talaren verhängen, wir wissen, daß dieselben vor ihrem glänzenden Lichte eines Tages wie Spinweben zerreißen werden.

„Unser die Welt, trotz alledem!“

Emilie.

Man. Achtung, Arbeiter Ohlauer! Der Termin zu den Wahlen des Gewerbegerichts ist auf Donnerstag, den 17. März, Mittags von 12 Uhr bis Abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Magistrats anberaumt. Es werden daher alle Arbeiter, welche das 25. Lebensjahr überschritten haben und seit mindestens einem Jahre hier ansässig bzw. ein Jahr hier beschäftigt sind, aufgefordert, bis einschließlich Sonnabend, den 12. März d. J., in den Wochentagen von 8 bis 1 Uhr ihre Stimmberechtigung in der Stadtschreiberei im Rathhause mündlich anzumelden. Nur diejenigen Personen, welche in die Liste eingetragen sind, sind zur Wahl berechtigt!

Es findet daher zu obigem Zwecke Sonntag, den 6. März, Vormittags von 11 Uhr ab, eine öffentliche Versammlung im Gasthof „zur goldenen Sonne“ statt. Dasselbst werden die aufzustellenden Kandidaten gewählt werden. Pflicht jeden Arbeiters ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen und für eine rege Agitation Sorge zu tragen, damit diejenigen Kandidaten, welche von unserer Seite aufgestellt werden, auch durchgebracht werden!

Bereits am Montag und Dienstag, Abends, haben Branchen-Versammlungen stattgefunden, um ihre Kandidaten in Vorschlag zu bringen, die aber leider sehr schwach besucht waren. Es steht daher zu erwarten, daß ein regeres Interesse für die Sonntag-Versammlung gezeigt wird.

Arbeiter, Genossen! Ihr werdet wissen, daß die Arbeiter anderer Städte uns mit guten Beispielen vorgegangen sind und eure Pflicht ist es, diesen nachzufolgen! Es wäre eine Schande für die Ohlauer Genossen, wenn selbige bei einer so wichtigen Angelegenheit mit geschlossenen Augen den Wahltag vorüber gehen ließen, ohne dabei irgend wie tätig zu sein!

Darum: Alle Mann an Bord! „Auf zur Wahl!“ sei die Parole.

Der hiesige Magistrat hat bekannt gegeben, daß die Angehörigen des Maurer- und Zimmergewerkes weder wahlberechtigt noch wahlfähig sind, da deren Meister der Bauhandwerker-Zunft angehören und diese ein eigenes Innungs-Schiedsgericht besitzen. Da dies aber nur etwas allgemein gesagt wurde, könnten hieraus vielleicht Irrungen in den beteiligten Kreisen entstehen. Wir geben hier deshalb den dritten Abschnitt des § 13 des Gesetzes, betr. die Gewerbe-gerichte wieder. Derselbe lautet:

„Mitglieder einer Innung, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit der §§ 97a und 100 d der Gewerbeordnung errichtet ist, sowie deren Arbeiter sind weder wählbar noch wahlberechtigt.“

Wer also bei einem Maurer- oder Zimmermeister arbeitet, welcher der Innung nicht angehört, ist wahlberechtigt! Die Angehörigkeit der Arbeiter zu irgend einem Verbands tut nichts zur Sache. Wer bei Innungsmeistern ist, darf nicht wählen, alle anderen Arbeiter aber, auch jene, welche augenblicklich ohne Arbeit sind, müssen sich sofort in die Wählerlisten einschreiben lassen, damit die Ohlauer Arbeiterschaft jener des übrigen Schlesiens würdig zur Seite steht! Nochmals: „Auf zur Wahl!“

Brandfuchs.

Sagan, 4. März. Tod durch Ertrinken. Der künftige Zimmer des Mühlenbesizers Reifner in Gladisgorpe, hiesigen Kreises, ist in der Nacht zu Montag ertrunken. Der Verunglückte war mit zwei Müllergehilfen in Nieder-Gorpe zum Tanzvergnügen und wollte in der Nacht in dem mitgebrachten Kahn zurückkehren. Keiner der drei Insassen des Kahnens war indess ein tüchtiger Ruderer, und so fürchteten sie, dem Wehre zu nahe zu kommen. Sie banden den Kahn am Eisrechen fest, kletterten an demselben empor und frohen zurück, um den Führer von der Fahrt des Herrn Oldroyd zur Ueberfahrt zu bewegen. Derselbe übernahm es auch, die drei Personen überzusetzen, die Strömung des Böhmers war aber eine so starke, daß auch unter der Führung des tüchtigen Führers der Kahn auf das Wehr zurücktrieb. In ihrer Angst sprangen die drei Passagiere aus dem Kahn, während der Führer über das Wehr hinunterfuhr, ohne Schaden zu erleiden. Die beiden Müllergehilfen hielten sich an den Weiden fest und retteten sich ebenfalls, der künftige aber, der

ein tüchtiger, braver Arbeiter war, ist ertrunken und seine Leiche noch nicht gefunden.

Schwiditz, 1. März. Die Eröffnung der Industrie- und Gewerbe-Ausstellung wird bestimmt am 15. Juli d. J. erfolgen. Hinsichtlich der Zusammenfassung über für die Prämierung hervorragender Leistungen auf der Ausstellung zu bildenden Jury ist beschlossen worden, die Preisrichter in einer besonders einzuberufenden Versammlung der Aussteller zu wählen. Als Preisrichter darf nur gewählt werden, wer entweder nicht selbst in der betreffenden Gruppe anstellt, oder sich außer Preisbewerbung gestellt hat. Im Laufe dieser Woche wird mit den Erdarbeiten begonnen werden. Seitens des geschäftsführenden Ausschusses ist bei den zuständigen Eisenbahnbeförden der Antrag auf Gewährung ermäßigter Frachttarife für die Beförderung der Ausstellungsgüter auf den Staatsbahnen gestellt worden. Auch sollen demnächst Schritte behufs Einstellung von Abendzügen in den Fahrplan für die Dauer der Ausstellung getan werden. Für die geplante Ausstellungslosterie ist die Genehmigung zur Ausgabe von 60.000 Loosen à 1 Mark zuständigen Ortes nachgesucht worden. Für die Anschaffung der Gewinne, die aus den Ausstellungsobjekten entnommen werden sollen, werden 40.000 Mark zur Verwendung kommen.

Wahlkreis

Grünberg - Freystadt.

Der Unterzeichnete ladet hiermit die Genossen des Wahlkreises zur Besprechung wichtiger Partei-Angelegenheiten zu einer Konferenz auf

Sonntag, den 20. März, Nachmittags 3 Uhr nach



Herrn Stolpe

Vorläufige Tages-Ordnung:

- 1. Bericht des Vertrauensmannes.
2. Agitation.
3. Maifeier.

Die Genossen der benachbarten Kreise werden als Gäste willkommen sein. Alle auf Obiges bezügliche Zuschriften bitte zu richten an

Herrmann Stolpe

Grünberg, Grünstraße Nr. 10.

Standesamtliche Nachrichten.

Bom 5. März.

Heirats-Ankündigungen. I. Bahnarbeiter Thomas Langer, ev., Grünstraße 31a, und Selma Katter, ev., Ring 39. — Gastwirth Anton Wiesler, kath., Kleine Grobchengasse 17/18, und Gertrud Wicher, kath., Ring 18. — Maler Robert Dammegly, ev., Kleine Scheinigerstr. 55, und Sécille Kuppert, ev., Mittelgasse 1. — Stellmacher Paul Kasper, ev., Friedrich Wilhelmstr. 40a, und Selma Schifmann, ev., Kurze Gasse 74. — Schmied Paul Kleibich, kath., Laurentiusstr. 21, und Marie Föhde, kath., Schußbrücke 78. — Hausbälter Franz Freuer, kath., Schmiedebrücke 57, und Rosina Wabnitz, ev., Museumsplatz 5. — Zimmermann Hermann Wutke, ev., Lange Gasse 58, und Pauline Gertrud, ev., Kupfergrabenstr. 49. — Schuhmacher Friedrich Busch, evang., Weißerberggasse 22, und Karoline Hippauf, ev., Ballstraße 24. — Coiffeur Bart'elemy Gobiert, kath., zu Berlin, und Elisabeth Huth, ev., Dominikanerplatz 2. — Kaufmann Hermann Schmidt, ev., Carlstr. 48, und Martha Stade, kath., Große Feldstraße 14a. — Posamentierwaren-Händler Julius Spolz, ev., Friedrich Wilhelmstraße 35, und Anna Berger, ev., Reuschestr. 47. — Assistent an der lgl. Sternwarte Georg Redenberger, ev., Unterstadtstr. 1, und Klara Holzmann, ev., Ohlauerstr. 7. — II. Kaufmann Albert Wendel, msl., Ohlauerstr. 20, und Marianne Brandt, mol., Höfchenstr. 19. — Haushälter Paul Kupka, ev., luth., Gröbchenstr. 98, und Anna Schirmitz, ev., Salvatorplatz 2. — Diener Berthold Salinsky, kath., Lauenzienstr. 78, und Luise Giller, ev., Sonnenstr. 28. — Exam. Hecker Paul Spratte, kath., Lüchowstr. 12, und Alma Trautmann, evang., Hubenstr. 82. — III. künftiger Wilhelm Gierst, ev., Schießwerderstr. 11, und Emilie Nactigall, kath., Lehmamm 6. — Köchler Gustav Wagner, evang., Michaelstr. 27, und Luise Komppold, ev., Breitestr. 42. — Fleischermeister Heinrich Lippert, ev., Lehmamm 44, und Ernestine Weiß, ev., Monhauptstr. 18. — Arbeiter Johann Paternmann, ev., Matthiasstr. 44, und Elisabeth Obst, ev., Michaelstr. 26.

Eheschließungen. I. Obstbändler Paul Felge, kath., mit Julie Ganschütz, kath., hier. — Prakt. Arzt Dr. med. Wilhelm Groß, jüd., mit Maria Sontaver, jüd., hier. — Arbeiter Karl Froh, kath., mit Louise Schöel, evang., hier. — Postassistent Heinrich Heisler, ev., mit Martha Kunde, evang., hier. — Kaufmann Julius Wischnac, ev., mit Hulda Hein, evang., hier. — II. Schmied Carl Höber, evang., mit Hedwig Pfleger, kath., hier. — Maschinenassistent Albert Friedrich, kath., mit Ida Danke, hier. — Kaufmann Reinhold Harber, ev., mit Klara Volkandt, ev., hier. — III. Handschuhmacher Max Reif, kath., mit Helene Reinert, kath., hier. — Kaufmann Johann Schaubert, kath., mit Amalie Müller, geb. Neufuß, kath., hier. — Maurer Eduard Rudolph, evang., mit Josefine Redner, kath., hier.

Im Auslande geschlossene Ehe. Rentner Richard Rudolf Paul Parisk aus Striegen, mit Emma Erdinger aus Breslau, wohnhaft in Gattungen-Str. 13.

Geburten. I. Schneider Johannes Hoffmann, kath., I. — Schneider Paul Felgenauer, ev., S. — Barockmeister

Schneidm., S. — Gesalb Benbelin Wittmann, kath., I. — Hauswirth August Krotzer, kath., S. — Wagnermeister Friedrich Müller, ev., S. — Handelsmann Ernst Menzel, ev., I. — Technischer Eisenbahn-Betriebssekretär Benjamin Ketter, ev., I. — Maurer Josef Pohl, kath., S. — II. Lappinger Jakob Heider, kath., I. — Hilfsbremser Carl Langner, kath., Zollingstr. — Kutscher August Kammog, ev., S. — Bädermeister Paul Sabel, kath., S. — Kutscher Carl Jenisch, ev., I. — Bahnarbeiter Wilhelm Pfingst, altluth., S. — Zimmermann August Schneider, kath., I. — Kaufmann Theodor Kunisch, ev., S. — Hilfsmonteur Georg Hantsch, ev., S. — Kutscher Gottfried Krüger, ev., S. — Metallgießer Friedrich Schärpel, ev., S. — Hilfskassier Paul Trieb, evang., I. — III. Maschinenführer Wilhelm Nieser, ev., S. — Maurer Hermann Anobloch, ev., I. — Arbeiter Emil Leuchtenberg, ev., S. — Kutscher Josef Weinert, kath., S. — Schmied Gottlieb Schlate, ev., I. — Kaufmann Georg Schneider, ev., I. — Bismarckmacher August Makowski, kath., S. — Arbeiter Amand Kuhl, kath., S. — Kaufmann Victor Lubowski, kath., S.

Berichtigung. In den Geburten I vom 2. März muß es heißen: Hauswirth Josef Borinsky, kath., S.

Todesfälle. I. Arthur, S. des früh. Restaurateurs Josef Eder, 7 M. — Caroline Nagel, ohne Beruf, 72 J. — Maurerwitwe Marie Kruber, geb. Beder, 42 J. — Maschinenführer August Schindler, 60 J., Al-Masselweg. — Seifenfabrikant Paul Hertwig, 50 J. — Schneidermeister August Kanger, 71 J. — Pauline Koller, ohne Beruf, 60 J. — II. Josef, S. des Kantierers Josef Knu, 4 J. — Paul, S. des Bahnarbeiters Wilhelm Heinrich, 8 M. — Georg, S. des Schmieds Christian Sobirez, 10 M. — Gustav, S. des Bahnarbeiters Wilhelm Pfingst, 2 St. — Gertrud, I. des Bahnarbeiters August Schütte, 4 M. — Paul, S. d. Kassier Paul Kammlowski, 3 M. — III. Marie, I. des Arbeiters Robert Beder, 4 M.

Bereins-Kalender.

Breslau. Wander-Unterstützungs-Kasse der Arbeiter. Jeden Sonntag, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Kassenabend. Jeder letzten Sonntag im Monat, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. — Gäste willkommen. — Vereinslokal bei Herrn Martin, Kleine Grobchengasse 10.11.

Breslau. Metallarbeiter-Verband. Zahlstelle. Jeden Sonntag, Abends 8 Uhr: Kassenabend, Ausgabe des Verbands-Organs und Aufnahme neuer Mitglieder im Lokale des Herrn Datwig, Barbaragasse 8.

Breslau. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sektion Breslau (Klempner). Jeden Sonntag, Abends von 8 bis 10 Uhr: Entgegennahme der Beiträge, Ausgabe des Verbands-Organs, sowie Umtausch der Bibliotheksbücher im Kassenlokal, verbunden mit Herberge und Arbeitsnachweis im Gasthof „zum Raben“, Bornwetzstraße Nr. 47 (Barisch). — Aufnahme neuer Mitglieder.

Breslau. Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblichen Arbeiter (Hamburg). Jeden Sonntag, Abends 8 Uhr: Kassenabend und Aufnahme neuer Mitglieder im Karsch'schen Restauration, Ritterplatz 9.

Breslau. Deutscher Tischler-Verband (Zahlstelle Breslau). Jeden Sonntag, Abends 8 Uhr: Vereins- und Kassenabend in Jüsch's Brauerei, Geierstr. 8.

Breslau. Bauverein Breslauer Bildhauer. Jeden Sonntag, Abends 8 Uhr: Vereinsabend im Wirt's Hotel „zum Drebniger Hauk“, Ritterplatz 8.

Breslau. Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. E. S. 36. Hamburg. Die Kassenabende finden jeden Sonntag Abends von 8-10 Uhr im Restaurant Leupold, Summerer 22, statt.

Breslau. Vereinigung der Drechsler und Berufsgenossen Deutschlands (Zahlstelle Breslau). Jeden Sonntag: Gefellige Zusammenkunft im Restaurant Zabel, Kleine Grobchengasse 15, Zahlabend. — Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. — Arbeits-Nachweis kostenfrei.

Altwasser. Kommunalwähler-Versammlung am Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr im Gasthof zum eisernen Kreuz. Vortrag von Michaelis-Freiburg: Ueber Kommunalwahl und Gewerbebetriebsgerichte. Aufstellung von sechs Kandidaten zur Kommunalwahl. Um zahlreiches Erscheinen aller Arbeiter von hier wird ersucht.

Liegnitz. Gewerkschafts-Klub. Sonntag, 6. März: Gesellschaftsabend im Gasthof „zu den drei Bergen“. Freunde sind hierzu freundlich eingeladen.

Kawitzsch. Arbeiter-Bildungsverein. Sonntag, den 5. März, Nachmittags von vier bis sechs Uhr werden im Lokal des Schlossbauers Herrn Wenzel die Beiträge für den Verein entgegengenommen. Die säumigen Mitglieder werden besonders darauf aufmerksam gemacht. Aufnahme neuer Mitglieder.

Briefkasten für den lokalen Teil.

S. Striegan. Wenn die Sache so verhält, können wir nur bedauern, irreführend worden zu sein. Selbstredend liegt die Schuld nicht an uns. — Bittern Gruß!

Kailbor. Wir verkönden die dortigen Genossen, daß der Tischler K., vor welchem vor Kurzem gewarnt wurde, bereit in Hirschberg arbeitet und dort demnächst in die Öffentlichkeit zu treten gedenkt. Wir ersuchen daher um genaue Mitteilungen seiner Daten, damit das Bittere veranlaßt werden kann.

Katenkopf, Briesg. Ihr Artikel ist nur im Auszuge zu lesen. Wir bitten, nächstes Mal nur auf einer Seite schreiben zu wollen.

Briefkasten der Expedition.

Für den Preßfonds stärken ein: Von S. J. in Rietzen 70 Pf.

S. S. Sie erhalten heut eine Anzahl Agitations-Nummern in der Hoffnung, daß dieselben zur weiteren Erhöhung der Abonnentenzahl beitragen werden. Ihre Rechnung stimmt. Besten Gruß!

Die Broschüre: „Die zehn Gebote“ ist momentan vergriffen, die neue Sendung unterwegs.

Allgem. Arbeiterverein, Altwasser.

Grosse Mitgliederversammlung

am Sonntag, den 6. März, Nachm. Punkt 3 Uhr:
im Gasthof zum „Deutschen Kaiser.“
Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Besprechung über Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder.
3. Beschaffung über das Stiftungsfest.
4. Die künftigen Mitglieder werden auf den § 10 des Statuts aufmerksam gemacht, wonach diejenigen, welche länger als 3 Monate im Rückstande bleiben, ausgeschlossen werden können.
5. Verschiedenes.

Um unseren Mitgliedern die Teilnahme einer am Orte einberufenen Kommunalwähler-Versammlung, welche um 4 Uhr anberaumt ist, zu ermöglichen, bitten wir um pünktliches Erscheinen der Mitglieder.

Der Vorstand.

Altwasser.

Kommunalwähler-Versammlung

am Sonntag, den 6. März, Nachmittags 4 Uhr im Gasthof zum „Deutschen Kaiser.“

Vortrag von Michaelis-Freiber, über Kommunalwahl und Gewerbeschlichtsgerichte.

Aufstellung sechs Kandidaten zur Kommunalwahl. — Um zahlreiches Erscheinen aller Arbeiter von hier ersucht
Eintre 5 Pf.

Der Vorstand.

Haynan.

Sonntag, den 6. März 1892:

Grosse Volks-Versammlung

im Vereinslokal des Leses und Diskussionsklub Gasthof zum Kaiser.

Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Beginn 3 1/2 Uhr. Eintritt 10 Pf.

Da die Erhebung des Arbeiter-Vereins erfolgt, ersucht um zahlreiches Besuch
Der Vorstand.

„Es werde Licht!“

Sozialdemokratischer Klub der im Buchdruck-
Gewerbe beschäftigten Arbeiter.

Montag, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

in Ollig's Saal: „In den 3 Akten“ auf dem Demarkt.

Tagesordnung:

1. Vortrag eines hiesigen Parteigenossen.
2. Diskussion darüber.
3. Erziehungswahl zum Vorstand.
4. Freie Anträge.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Versammlung die Monatsbeiträge erhoben werden und erscheint daher vollständiges Erscheinen der Mitglieder notwendig.

Gäste willkommen. — Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Vorstand.

Achtung!

Der zweite Gesellschaftsabend des Leses und Diskussionsklub „Vorwärts“ findet nicht Sonntag, den 13.,

sondern Sonnabend, den 12. März 1892

im Saal des Gasthof zum „Deutschen Kaiser“ in Altwasser statt. Zur

Ausführung gelangt auf beiderseitigen Wunsch zum zweiten Male:

Die Bismarckspende.

Aufspiel von J. Stern.

Darauf: „Die Freispreizer“ oder „Die Tochter des Staatsanwalts.“
Aufspiel von Regal.

Eintre 20 Pf. Gallerie 10 Pf.

Nachher „Lanz“ nur für die Theaterbesucher. Gäste sind
willkommen.
Der Vorstand.

Halt, aufgepasst!

Empfehle meinen Freunden und Gönnern

hochfeine Zylinderhüte

mit Hutschachtel in größter Auswahl zu 4,50 Mk.

solche alle Neubauten von Filzhüten, weich und fest, Konfirmationshüten. Alle Reparaturen billig.

C. Seiffert, Hutmachermeister,
Waldenburg, Freiburgerstr.

Neustadt D. S.

Allen Gewissen und Bekannten empfehle ich meine

gutgelagerten Cigarren eigener Fabrik

von 4-10 Pf. pro Stück, außerdem 3 und 4 Stück zu 10 Pf.

Probegehalt nach allen Orten per Nachnahme

Carl Schruttker, Hofstr. 563.

Die Geschichte der Kommune von 1871

von H. J. J. J.

2. von Verfasser durchgesehene Auflage. (X. Band der Internationalen Bibliothek)
Preis 2,00 Mk.

Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.

Freie Religionsgemeinde.

Erbauungshalle: Grünstr. 6.

Sonntag, den 6. März, Vormittags
9 1/2 Uhr: Erbauung. Prediger U. Schirn.

Als Gelegenheitsgeschenke

empfehle ich

- Goldene Damen-Schlüssel-Uhren, 15 Mark an.
- Goldene Damen-Rosett-Uhren, 24 Mark an.
- Alte silberne Schlüssel-Uhren, 6 Mark an.
- Schlag-Regulator, 90 Ctm. lang 15 Mk an.
- Stuhl-Regulator, 90 Ctm. lang 12 Mk an.
- Reise-Uhren 5 Mk.

und alle Arten

Wand-Uhren

empfehle zu billigen Preisen unter

jähriger Garantie.

Größtes Lager von

Gold- und Silber-Sachen,

Ringe, Medaillons, Garnituren,

Armbänder, goldene Uhrenringe

von 6 Mark an u. s. w.

Auch werden alte Uhren, Gold- u.

Silber-Sachen gekauft und selbige

mit in Zahlung genommen.

Wiederverkäufer hohen Rabatt.

Josef Klein,

Kupferschmidestraße 18.

Durch die Expedition der

„Solliswacht“

sind folgende Schriften zu beziehen:

Weltanschauung und Weltuntergang

auf Grund der Naturwissenschaften

populär dargestellt v. Dem. Al. Köhler.

Das lebhafteste Gegenkommen, welches

das von der Kritik durchaus günstig be-

urteilte Buch gefunden hat, veranlaßt

den Herrn Verfasser, den Text der zweiten

Anlage wesentlich zu vermehren und die

zu berichtigen, wo es nach dem heutigen

Stand der Wissenschaft notwendig ge-

worden ist. Ferner sind zum besseren

Verständnis weitere Illustrationen ein-

gefügt und endlich zwei Sternkarten

dem Werke beigegeben worden.

Ohne Uebersetzung darf gesagt werden,

daß die „Weltanschauung“ u. heute zu den

besten populären Lehrbüchern über die

Entstehung des Himmels und Erde

gehört. — In der Billigkeit des Preises

würde es von keinem andern erreicht

werden.

Die „Weltanschauung“ u. ist eine noch

wenigere Ergänzung von Sammel's

„Geschichte der Erde“.

Um vielfach gewünschten Wünschen nach-

zukommen, ist auch die „Weltanschauung“ u.

in der allgemein beliebtesten Verlagsform

à 32 Seiten à 20 Pf. erschienen. Das

ganze Werk liegt in 15 Lieferungen

komplet vor.

Probefeste liefert jeder Kol orient.

Dr. E. Zimmermann's Großer

Deutscher Bauernkrieg. Jährl. Volks-

Ausgabe. Erscheint in Heften à 20 Pf

Rautsch, Thomas Hart. Geb. Mk. 2,50

Samuel, G., Johannes Day. 7. I

Historische Studie. 25 Pf.

Seidel, Charles Fourier. Geb. Mk. 2,50

Schippel, Das moderne Land. Geb

Mk. 2,00.

Strahlens der Drey. Gedichte

Sammlung, angeführt v. Max Regal

Hausat von Otto Emil Sax. I

Bruchband, mit Goldschnitt, gebunden

Preis Mk. 3,50.

Die lässliche Arbeiterfrage. 2. Aufl.

Seub. Mk. 2,00.

Abelung, Die Darwin'sche Theorie.

Seub. Mk. 2,00.

Befehlungen auf die
Volkswacht,
den wahren Jakob
und andere Schriften nimmt
jederzeit entgegen
Julius Böhm
Altwasser, Solanade
(Quisthain).

Einem geehrten Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß ich die Fleischpreise wie nachstehend festgesetzt habe: Schweinefleisch p. Pfd. 60 Pf., Rindfleisch per Pfd. 65 Pf., Kalbfleisch 60 Pf., Schafschaffleisch 70 Pf., Speck grün 65 Pf., geräuchert 90 Pf., anzulassenes Fett 80 Pf.
Julius Rother, Fleischermeister,
Breslau, Gneisenaustraße 9.

Für Vereine!
Kotillon-Artikel wie: Bouquets, Dtd. v. 50 Pf. an, Orden, Dtd. von 20 Pf. an, Aufschrauben, Dtd. von 10 Pf. an.
Einladungskarten,
pro Hundert von 1 Mk. an, sowie sämtliche Drucksachen in eigener Druckerei hergestellt schnell und billig.
Broschüren eigener Fabrik.
A. Wollmann, Breslau, Nikolaistraße Nr. 16.

Grösster Herren- und Knaben-Garderoben-Bazar
Eduard Freund
57 Reusche-Strasse 57
Ecke Hinterhäuser
empfehlen
billiger als überall
Herren-Anzüge schon von 8,00 Mk. an.
Paletots, in allen Farben, schon von 7,50 Mk. an.
Beinkleider, nur dauerhafte Stoffe, schon von 2,00 Mk. an.
Knaben-Anzüge u. Paletots schon von 1,50 Mk. an.
Zur Konfirmation
Complete Anzüge schon von 6,00 Mk. an
in nur reeller Waare.
Großer Herren- und Knaben-Garderoben-Bazar
Eduard Freund
Reuschestr. 57, Ecke Hinterhäuser.
II. Geschäft: Moltkestr. 1.
Ecke Matthiasstr.

Literarisches.
„Die Zeitschwingen“, Monatschrift für Volksbildung, Aufklärung und Unterhaltung.
„Die Zeitschwingen“ sind das einzige sozialwissenschaftliche Organ in Deutschland, welches in entschiedener Weise die Lehren des modernen Sozialismus vertritt.
Außer Abhandlungen über Volkswirtschaft, Volkserziehung, Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Naturwissenschaft, Kulturgeschichte, sowie Biographien berühmter Vorkämpfer der Menschheit u. werden vom III. Jahrgange angefangen „Die Zeitschwingen“ nunmehr auch gute Erzählungen, Romane, Novellen aus dem sozialen Leben Gedichte u. bringen.
Mit dieser Verbesserung werden die „Zeitschwingen“ in der Lage sein, allen gerechten Wünschen zu entsprechen.
Erstehen erschien das 2. Heft, 3. Jahrgang.
Inhalt: Literatur und Volk, von Franz Rehak. II. — Ludwig Börne. Eine literarhistorische Skizze von Ranired Wittich (Schluß) — Die Geschichte eines Kartells von D. Zimmer. (Schluß) — Weibung und der Kommunismus. Von A. Behr. II. — Die körperliche und geistige Erziehung unserer Jugend. Von J. C. Beglan. II. Das Alter der Neugeborenen. — Feuilleton: Die der neuen Zeit. Gedicht von Hugo Grothe. — Das Patent. — Novelle von A. Otto Walfer. (Fortsetzung.) III. Arbeitergeber und Arbeitnehmer. — Kammons Gasthof. Soziale Studie von Edmund Schrödel. (Fortsetzung.) — Gedankensperren. — Neues aus dem Gebiete der Wissenschaft: Je ärmer, je früher in's Grab. — Fleischkonsum. — Deutschland marschirt an der Spitze. — Ueber die Licht- und Wärme-Wirkung der Sonne — Literatur.
Verlag von J. Franck, Bielefeld, Böhmen, Friedländerstraße 11.
Preis pro Heft 20 Kr. = 40 Pf.
Probefeste stehen zur Verfügung.